6. Jahrgang — Nr. 62

Dienstag, 14. März 1922

Volksstimme

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung

für Halle

und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, **Telephon Nr.** 6802, **Eisleben** 302 Sprechstunden der Redaktion in Halle: Wochentags von 11—12 Uhr, Sonntags keine Sprechstunde. Sprechstunden unserer Eislebener Vertretung wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, sie enthält die illustrierte Sonntags-Beilage **„Volk und Zeit“** sowie wöchentlich abwechselnd **„Die Frauenwelt“** und **„Für die arbeitende Jugend“**. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme“ verfügt über einen bestens ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten ihres großen Verbreitungsbezirks. Meldungen von Bedeutung werden zu jeder Tageszeit auf telephonischem wie auch auf schriftlichem Wege von der Redaktion entgegengenommen.

Verlag und Geschäftsstelle in Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27. Fernruf Nummer 5407. Telegrammadresse „Volksstimme Halle“. Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in **Eisleben**: Bahnhofstr. 22. Fernruf Nummer 302. **Bezugspreis** monatlich 10,50 Mk. und 1,50 Mk. Zustellungsgebühr oder wöchentlich 3,00 Mk. Durch die Post einschließlich der Zustellungsgebühren 12.— Mk. Für Abholer an den Ausgabestellen 11.— Mk monatlich. **Einzelnummer 60 Pfg. Anzeigenpreise:** im 8gespaltenen Anzeigenteil kostet das Millimeter 1,20 Mk., im 3gespaltenen Textteil 6.— Mk. einschließlich der Anzeigensteuer. Aufgabetermin für die nächste Ausgabe bis 9 Uhr morgens. Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden in allen Fällen von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung.

Universitäts- und Landesbibliothek Halle (Saale)

Die Folterkammer.

Aus dem russischen „Rechts“staat.

„An die sozialistischen Parteien aller Länder.“

Die bolschewistische Regierung hat gegenwärtig in Moskau 47 Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre, darunter das ganze Zentralkomitee der Partei dem Gericht des Obersten Tribunals übergeben. Das Gericht soll auf Grund lügnerischer Aussagen „die wahre Rolle der Partei der Sozialistenrevolutionäre während des Bürgerkrieges und deren Kampfesmethoden gegen die Sowjetmacht prüfen“, um auf diese Weise „die Verbrechen der Partei der Sozialistenrevolutionäre gegen die proletarische Revolution festzustellen“.

Anläßlich dessen nimmt das Auslandskomitee der Partei der Sozialistenrevolutionäre in einer längeren Zuschrift

„An die sozialistischen Parteien aller Länder“,

die uns zur Verfügung gestellt wurde, Stellung gegen das Sowjet-System und kennzeichnet nochmals dessen Taten gegen die Arbeiterschaft. Mit Entschiedenheit wird zunächst der bolschewistischen Partei das Recht abgestritten, den Oktoberumsturz „Proletarische Revolution“ zu nennen. Die bolschewistische Partei sei die erste gewesen, die den Bürgerkrieg begann, indem sie eine in ihrer Mehrheit sozialistische Regierung mit Gewalt stürzte, später die konstituierende Nationalversammlung davonjagte und sich ununterbrochen Gewalttätigkeiten gegen die Mitglieder der Partei der Sozialistenrevolutionäre erlaubte. So wurde insbesondere das

Parteivermögen beschlagnahmt.

die Parteiorganisation zerschlagen, die Parteipresse inhibiert, eine **große Anzahl von Parteimitgliedern ohne Grund erschossen** oder ins Gefängnis geworfen. Angesichts dessen — und das betont der Aufruf ausdrücklich — **hat die Sozialistenrevolutionäre Partei es damals als ihr gutes Recht betrachtet, mit der Waffe in der Hand Widerstand zu leisten,** die mit Hilfe bonapartistischer Methoden eine brutale Partei Oligarchie aufzurichten suchten. Dennoch aber habe sich die Partei damals, wie auch später bereit erklärt, **dem Bürgerkrieg innerhalb der Arbeiterdemokratie ein Ende zu machen,** aber nur unter der Bedingung: allgemeine Neuwahl in die Sowjets, geheimes Wahlrecht, Freiheit des Wortes, der Presse und der Wahlagitation sowie die Verpflichtung, seitens aller sozialistischen Parteien, sich den Beschlüssen der neugewählten Sowjets in allen strittigen Fragen zu unterwerfen einschließlich der Frage über das Schicksal der konstituierenden Nationalversammlung.

Auf dieses Angebot gingen die Bolschewisten nicht ein, erklärten aber aus eigener Initiative, ihr Verhalten der Sozialistenrevolutionären Partei gegenüber zu ändern und sie „probeweise“ zu legalisieren. Aber auch bei diesem Akt konnte die herrschende Macht nicht der Versuchung widerstehen, diese angebliche Legalisierung in

eine niederträchtige Polizeifalle

zu verwandeln. Zehn Tage, nachdem die Sozialistenrevolutionäre Partei ihr legales tägliches Organ herausgab, wurden plötzlich

Massenverhaftungen der Partei

vorgenommen mit dem offensichtlichen Zweck, die Partei durch diesen plötzlichen Ueberfall gänzlich zu liquidieren. Von dieser Zeit ab bis zum gegenwärtigen Augenblick müssen die Sozialistenrevolutionäre ein illegales Leben führen, obwohl die formale Legalisation der Partei niemals aufgehoben wurde. „Unter diesen Umständen“ so heißt es dann in der Zuschrift, „ist es in der Tat ungeheuerlich, wenn die herrschende Partei nun versucht, wegen der Teilnahme an dem längst beendigten Bürgerkrieg einen politischen Prozeß zu inszenieren und den durch die Legalisation mit unserer Partei längst liquidierten Rechtsstreit mit uns zu erneuern. Wir brandmarken diesen Akt als einen

Akt der doppelten Treulosigkeit.

Wir erklären, daß das geplante Gericht kein Gericht, sondern ein niederträchtiger Gewaltakt ist, und daß unsere Genossen dort nicht als Angeklagte, sondern als Kläger auftreten werden. **Unsere Genossen schmachteten bis jetzt in den Gefängnissen ohne Verhör, ohne Gericht, einige von ihnen schon seit dem Jahre 1918.“**

Zum Schluß der Zuschrift fordert die Partei der Sozialistenrevolutionäre die Bolschewisten zu einer offenen Auseinandersetzung auf. Sie schlagen die Organisation eines Gerichtes vor, das aus den Vertretern der drei internationalen Vereinigungen der sozialistischen als auch der kommunistischen Parteien bestehen soll. Sie schlagen diesem Gerichte vor, alle Anklagen zu prüfen, die von der jetzt in Rußland herrschenden Partei gegen sie vorgebracht werden. Jeden Versuch der Bolschewisten, sich einem solchen Gericht zu entziehen, beabsichtigen die Sozialistenrevolutionäre als ein indirektes Eingeständnis der **bewußten Lügenhaftigkeit der großen Anklage zu betrachten.** In bezug auf die Kommunisten in ganz Europa wird noch die Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß sie aus Interesse an der Wahrheit die gerechte Forderung unterstützen und verhindern, daß inzwischen irgendwo in einer Folterkammer ein neues Verbrechen, ein neues Attentat gegen die Menschlichkeit erfolgt.

Aufruf des J. G. B. zum 1. Mai.

„Gegen die internationale Reaktion“. — Für den Weltfrieden“.

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet einen Aufruf zum 1. Mai an die Arbeiter aller Länder, der „Gegen die internationale Reaktion“ gewendet und „Für den Weltfrieden“ eintritt. In dem Aufruf wird festgestellt, daß die Regierungen ihre feierlich gegebenen Versprechungen zunichte gemacht haben, und der Versailler Friedensvertrag, der das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verwirklichen und ein neues Europa auf der Basis der gegenseitigen Völkerhilfe schaffen sollte, lediglich zu einer **gesteigerten Verwirrung in Europa, sowie zum Zusammenbruch der gesamten Produktion beitrug.** Anläßlich dieser Tatsachen fordert der internationale Gewerkschaftsbund auf, den internationalen Geist in den Massen immer mehr zu pflegen und zu stärken, um den Egoismus der Kapitalistenklassen zu brechen und ihrem nationalistischen und chauvinistischen Treiben ein Ende zu machen. Zum Schluß des Aufrufes heißt es:

Die Losung im Kampf der Arbeiter muß heute sein:
Gegen die Reaktion! Für den Weltfrieden!

Der diesmalige Maitag muß eine Demonstration sein für die Macht der geeinten Arbeit!

Auf Beschluß des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes werden in den Hauptstädten Europas Redner aus anderen Ländern das Wort führen.

Die Form, in der sich die Manifestation zu vollziehen hat, wird jede Zentrale selbst entscheiden. Aber welcher Art die Maifeier auch sei: allüberall sollen Demonstrationsversammlungen abgehalten werden und die allgemeine Arbeitsruhe die Macht und Solidarität der Arbeit bezeugen, unter der Losung:

Gegen die Reaktion, die die wirtschaftliche Versklavung des Arbeiters befestigen will!

Gegen die Reaktion, die Militarismus und Kriegsgeist verewigen will!

Auf für die Verteidigung des Achtstundentages und menschenwürdige Löhne!

Der Ruf der verbündeten Arbeit sei: „Krieg dem Kriege!“ Es lebe die internationale Solidarität der Völker!“

Aufhebung des Urteils gegen Wyneken.

Zurückweisung an das Landgericht Rudolstadt.

Leipzig, 14. März. Das Reichsgericht hob das Urteil auf, das den Reformpädagogen Dr. Gustav Wyneken wegen Sittlichkeitsverbrechens in zwei Fällen zu einem Jahr Gefängnis verurteilte (Landgericht Rudolstadt), und verwies **die Sache an das Landgericht zurück,** weil vor Verkündung des Beschlusses aus Ausschluß der Oeffentlichkeit auch während der Verkündung der Urteilsgründe der Angeklagte und sein Verteidiger nicht gehört worden sind.

Die Russen in Genua.

Lenin, Tschitscherin, Krassin, Litwinow.

London, 14. März. Im Unterhause erklärte Chamberlain, die russische Sowjetregierung habe der italienischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, daß die russische Delegation auf der Genueser Konferenz aus Lenin, Tschitscherin, Krassin und Litwinow sowie 11 anderen Personen bestehen werde. Das Parlamentsmitglied Wedgewood stellte die Anfrage, ob Schritte getan worden seien, um die russischen Delegierten gegen Ermordung zu schützen. Chamberlain erwiderte, dies sei eine Frage, die die italienische Regierung angehe. Auf eine weitere Anfrage erklärte Chamberlain, die Abgeneigtheit der amerikanischen Regierung, an der Genueser Konferenz teilzunehmen, werde zu keiner Aenderung des Zeitpunktes der Konferenz führen. Die Zusammenkunft sei auf den 10. April festgesetzt. Das Parlamentsmitglied Kennworthy fragte, ob die amerikanische Regierung es ablehnte, an der Konferenz teilzunehmen, weil die russische Regierung vertreten sei. Chamberlain erwiderte, er wolle **die Auslegung der Erklärung der amerikanischen Regierung selbst überlassen.**

Bürgerliche Prophezeihungen.

Nach Meldungen bürgerlicher Korrespondenzen bereitet das Reichsministerium des Innern ein Gesetz bezüglich des Streikverbots für Beamte aus. Die entscheidenden Bestimmungen sollen bereits beschlossen sein. Jeder auf Lebenszeit angestellte Beamte, „der im Zusammenwirken mit anderen Beamten oder sonstigen Arbeitnehmern die Erfüllung seiner Amtspflichten ganz oder teilweise verweigert,“ soll nach diesen Meldungen mit Dienstentlassung bedroht werden. Er soll aber das Recht bekommen, innerhalb vier Wochen nach seiner Entlassung beim Landgericht seines Heimatortes zu klagen und darf, wenn er rechtskräftig entlassen ist, frühestens nach fünf Jahren wieder in das Beamtenverhältnis aufgenommen werden. Weiter will man wissen, daß sich dieses Gesetz auch auf die Beamten der Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften erstrecken soll. Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ dazu erfährt, ist die Meldung in dieser Form falsch. Wie Minister Dr. Koester bereits im Hauptausschuß des Reichstages erklärte, schweben in seinem Ministerium z. Zt. Verhandlungen und Erwägungen über eine Aenderung des Beamtengesetzes inbezug auf das Streikrecht. Irgendwelche Beschlüsse sind aber noch nicht gefaßt worden. Das Ministerium hat sich noch nicht einmal für einen der verschiedenen zu diesem Thema gemachten Vorschläge entschieden. Alle Meldungen über zu erwartende Aenderungen des Beamtengesetzes beruhen also auf Kombinationen.

Sozialismus und Kommunismus.

Von Dr. Werner Peiser.

Bei den ebenso zahlreichen wie unerquicklichen Kämpfen zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei hört man oft — als versöhnendes Moment gewissermaßen — die Wendung, daß nur der Weg verschieden sei, daß aber über das Ziel zwischen beiden Parteien keine Meinungsverschiedenheit bestehe. Man pflegt derartige Worte, namentlich wenn sie schlagwortmäßig gebildet sind und sich dem Gedächtnis gut einprägen, gedankenlos nachzusprechen und so Anlaß zu einer Legendenbildung zu geben, die ihrem Urheber durchaus nicht immer erwünscht ist. Vielleicht ist es deshalb nicht ganz überflüssig, die Frage zu untersuchen, ob die sozialistische Partei — unter deren Namen wir die sozialdemoraktische wie die unabhängige zusammenfassen wollen — wirklich noch dem gleichen Ziel entgegenstrebt wie die kommunistische.

Zunächst ist die Behauptung von der Wegverschiedenheit irrig. Es ist durchaus nicht zutreffend, daß der Weg der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei immer und in jeder Hinsicht verschieden sei. Tatsächlich vielmehr stehen beide Parteien auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes. Die Tatsache, daß die sozialdemokratische Partei noch nach wie vor das Klassenkampf-Prinzip befolge, wird zwar von den Kommunisten lebhaft bestritten. Nichtsdestoweniger darf die sozialistische Partei mit Stolz auf die Tatsache hinweisen, daß sie den Klassenkampf besser und für die Interessen des Proletariats nutzbringender führt als die kommunistische Partei es tut. Der Klassenkampf besteht — das ist tausendmal und doch anscheinnd noch immer nicht genug gesagt worden — nicht in der Anzettelung von Bürgerkriegen und auch nicht in der Verwendung von Lärminstrumenten in parlamentarischen Verhandlungen, sondern er besteht in der systematischen Ausnutzung aller bestehenden Rechtsmittel zur Befreiung des Proletariats von ökonomischer und geistiger Ausbeutung. Wenn also auch die sozialistischen Parteien den Klassenkampf als einen Zustand oder — wie es Wolfgang Heine mir gegenüber einmal ausdrückte — als einen Hebel der Bewegung bezeichnen, während die Kommunisten ihn als Zweck betrachten, so ist doch das Mittel beider Parteien gemeinsam, so daß nicht gut schlechthin von der absoluten Verschiedenheit des Weges gesprochen werden kann.

Und nun das Ziel! Es gab einmal eine Zeit — die leider Ende 1917 ihr Ende nahm — da gab es zwischen Sozialisten über die Frage des Zieles keine Meinungsdifferenzen. Nachdem sich aber in Rußland die Räterepublik konstituiert hatte, änderte sich Ziel und Ideal des mittlerweile entstandenen Spartakusbundes, aus dem später die kommunistische Partei mit ihren zahlreichen, fast zahllosen Absplitterungen wurde. Das Ziel der sozialistischen Gesellschaft, das bisher als programmatischer Punkt allen sozialistischen Parteien vor Augen geschwebt hatte, verwandelte sich und wurde zu dem von heute auf morgen zu verwirklichenden Rätestaat. Es war nicht mehr die Rede davon, daß die Räterepublik etwa nur ein Uebergangsstadium zu der sozialistischen Gesellschaft sein sollte, sondern aus dem Zukunftsziel war plötzlich ein Gegenwartsprogramm geworden. Dadurch aber gab die kommunistische Partei ihren sozialistischen Charakter auf und zog den grundsätzlichen Trennungsstrich gegen die sozialistischen Parteien, die in einer Gesellschaftsgestaltung nach Marx-Engels'scher Auffassung noch immer ihr durch den Klassenkampf zu verwirklichendes Ideal erblicken.

So ist also tatsächlich zwischen Sozialismus und Kommunismus eine Grenzlinie gezogen. Diese Tatsache feststellen bedeutet nichts weniger als sich mit ihr abzufinden. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß der Glaube zahlreicher Kommunisten an das Räte-Paradies und seine Herrlichkeit schwerer erschütttert ist, als sie es der Oeffentlichkeit gegenüber wahr haben wollen, darf nicht die Tatsache übersehen werden, daß es ja heute den festumrissenen Begriff „Räterepublik“ nicht mehr gibt. Mehr als in allen anderen Ländern sind die Dinge in Rußland im Fluß, und der wäre ein schlechter Sozialist, der die großen Gesetze der Entwicklung aus dem Bereich seiner politisch-ökonomischen Gedanken ausschalten wollte. Sozialist sein heißt materialistisch, heißt ökonomisch, heißt dialektisch denken. Dialektik aber im Marxschen Sinne ist nichts anderes als die Gestaltung der Synthese aus These und Antithese. Diese Einstellung aber bedingt mit zwingender Notwendigkeit, daß diejenigen Kommunisten, die wirklich auf Marxscher Basis fußen, auch für das Ideal der Räterepublik eine Aenderung in den Kreis ihrer Berechnungen einbeziehen müssen. Sie müssen sich fragen, welches Wirtschaftsgebilde bestimmt ist, den kommunistischen Rätestaat abzulösen, der seine Unfähigkeit erwiesen hat, Muster dauernder Staatsform zu sein. Da nun gegenwärtig der Weg in Rußland zu einer Annäherung an kapitalistische Wirtschaftsformen führt — die doch unzweifelhaft von den Kommunisten nicht als Ideal der sozialistischen Gesellschaft angesehen werden können — so müssen sie über kurz oder lang auf die Propagierung der gleichen Staatsform zurückkommen, die die sozialistischen Parteien auf ihre Fahne geschrieben haben.

Es zeigt sich also, daß die Stellung zwischen Sozialisten und Kommunisten durch das Schlagwort von dem verschiede-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220314-16/fragment/page=0001

nen Weg und dem gleichen Ziel ihrer Klärung um keinen Schritt näher gerückt ist. Es ist ebenso schädlich, ständig die Gegensätze zwischen beiden Parteien zu vertiefen, wie es zwecklos ist, vorhandene Gegensätze künstlich überbrücken zu wollen. Der Sozialismus huldigt nicht einer fatalistischen Zuversicht auf den Gang der Entwicklung; aber er baut auf diese Entwicklung, weil auf ihrer Seite Vernunft, Wille der Volksmehrheiten und die Macht der Wirtschaft stehen.

Das Reichsmietengesetz gefährdet?

Dem organisierten Hausbesitz ist wegen der Annahme des Reichsmietengesetzes ein gewaltiger Schrecken in die Glieder gefahren. Ein ganzes Schimpfregister wird in Versammlungen und in der Presse über Reichstag und Reichsregierung losgelassen; ein Zeichen dafür, daß die Linksparteien gut beraten waren, als sie schließlich in der Endabstimmung — trotz mancher schweren Bedenken — doch für das Gesetz eintraten. Jetzt versuchen es die Vertreter des Boden-, Haus- und Hypothekenkapitals, auf den Reichsrat dahin einzuwirken, daß er gegen das Gesetz Einspruch erhebt, weil es „verfassungswidrig" sei, da es in das Eigentumsrecht eingreife. In Berlin fand am Sonntag eine Kundgebung von „Hausbesitz, Handel, Handwerk und Gewerbe" statt, um gegen deren „Entrechtung" zu protestieren; ferner tagte gleichzeitig der Zentralvorstand der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine, um den Kampf gegen das Gesetz zu organisieren. Zum Ueberfluß wurde zum Montag der Vorstand des deutschen Schutzverbandes für Grundbesitz (Verzeihung! Das „Präsidium"!) einberufen, um den „Gnadenstoß" gegen das Gesetz zu führen. Weiter wurde der Reichspräsident in einer langen Eingabe von den Hausbesitzern aufgefordert, das „verfassungswidrig zustandegekommene" Gesetz nicht zu verkünden. Um das Maß der Demagogie voll zu machen, bringt die „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung" am 9. 3. (Nr. 10) die Lügenmeldung, der Bund Deutscher Mietervereine habe in einer Entschließung an den Reichstag das Reichsmietengesetz für unannehmbar erklärt. Genau das Gegenteil davon ist Wahrheit! Würde dem Treiben der Hausbesitzer nachgegeben werden, so sind schwere, innerpolitische Komplikationen zu erwarten.

Arme „Freiheit".

Die „Freiheit" erscheint seit Sonnabend voriger Woche in der Druckerei Max Kosten. Man sieht dem Blatt die eingetretene Pleite an. Unser Beileid! Es scheint doch nicht so leicht, die Sozialdemokratie niederzureiten, Fragt Wilhelm!

+ **Die von dem Internationalen Gewerkschaftsbund eingeleitete Hilfsaktion** für die Hungernden in Rußland hat bisher einen Gesamtertrag von 1 312 796,31½ Gulden ergeben. Die Deutschen Gewerkschaften brachten allein bis zum 15. Januar 4 997 202 Millionen Mark auf.

Verschärfte Streiklage in Südafrika. Aus Johannesburg wird gemeldet. Die Eisenbahnbrücke zwischen Germiston und Pretoria wurde in die Luft gesprengt. Die Lage verschärft sich andauernd. Wie verlautet, ist General Smuts mit einer militärischen Aktion gegen die Aufständigen beauftragt worden, was erheblich zur Verschärfung der Lage beigetragen hat.

Löbe über das Steuerkompromiß.

Osnabrück, 14. März. In einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei führte der Reichstagspräsident Loebe u. a. an, daß **die Mehrheit der Sozialdemokratischen Fraktion nur deshalb den Beitritt zu dem vorliegenden Steuerkompromiß beschlossen hat, weil die Demokraten und das Zentrum für die Erfassung der Sachwerte nicht zu gewinnen waren,** in den Wochen vor Genua aber weder ein Regierungswechsel noch eine Neuwahl zum Reichstag herbeigeführt werden konnte. Der Redner selbst ist aber der Meinung, daß dieses Kompromiß nur eine Hinausschiebung der Lösung unserer finanziellen Probleme bedeutet, denn **der Ertrag der Zwangsanleihe ist weder für die Deckung unseres außerordentlichen Etats, noch zur Verhinderung der weiteren Inflation hinreichend.** Spätestens im Herbst werde die deutsche Regierung wegen der riesigen Preissteigerungen und der damit verbundenen Gehalts- und Lohnerhöhungen vor demselben ungelösten Problem stehen. Nur eine andere Regelung unserer internationalen Verpflichtungen und ein wirkliches Opfer des Besitzes könnten uns aus diesem verheerenden Kreislauf herausbringen.

Sozialistische Mehrheit.

Zwickau, 14. März. Die Zwickauer Stadtverordnetenwahlen vom 27. November 1921 wurden von den Deutschnationalen wegen angeblicher Wahlverstöße angefochten und schließlich für ungültig erklärt. Der wahre Grund für die Anfechtung der Wahl wird in der Tatsache zu suchen sein, daß den 18 bürgerlichen Stadtvätern ebensoviel sozialistische gegenüberstanden. **Dieses Ergebnis** hofften die Bürgerlichen zu ihren Gunsten korrigieren zu können. Bei der gestrigen Wahl gewannen die Sozialisten ein Mandat. **17 Bürgerlichen stehen jetzt 19 Sozialisten gegenüber.** Damit ist **zum ersten Male die bürgerliche Mehrheit in Zwickau gebrochen** und ferner der Beweis erbracht worden, daß es auch in der heutigen Zeit den sozialistischen Parteien möglich ist, sich gegen den bürgerlichen Generalansturm erfolgreich zu behaupten. Die Stimmen und Mandate verteilen sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen:

S. P. D.	12 281	Stimmen,	12 Mandate
U. S. P.	4 691	„	4 „
K. P. D.	3 083	„	3 „
Deutschnationale Volkspartei	6 190	„	6 „
Deutsche Volkspartei . . .	6 294	„	6 „
Demokraten	5 844	„	5 „

Die sozialistischen Parteien haben gegenüber der letzten Wahl 953 Stimmen und die Bürgerlichen 64 Stimmen gewonnen. Die Mandatsverteilung hat sich dadurch geändert, daß die Demokraten je einen Sitz an die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten abgeben mußten.

Die neue Besoldungsordnung.

Vermehrung der Einkommensbestandteile.

Erschwerung der Berechnungen. — Feste und bewegliche Teuerungszuschläge. — Wirtschaftsbeihilfen gemäß den Ueberteuerungszuschüssen der Arbeiter.

Die erfolgte Regelung auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung hat die Bestandteile, aus denen sich das Beamteneinkommen zusammensetzt, noch weiter vermehrt und die Berechnung komplizierter gemacht. Nachstehend bringen wir in gedrängter Kürze eine Uebersicht darüber, wie sich das Einkommen eines verheirateten Beamten in Zukunft gruppiert. Der verheiratete Beamte erhält ein Grundgehalt, abgestuft nach Besoldungsgruppen. Jede einzelne Gruppe enthält eine Reihe Aufrückungsfristen je nach dem zurückgelegten Besoldungsdienstalter. Zum Grundgehalt kommt ein nach 5 Ortsklassen und der Höhe des Grundgehalts abgestufter Ortszuschlag. Von Grundgehalt und Ortszuschlag wird ein beweglicher Teuerungszuschlag in prozentualer Höhe von insgesamt 25 Proz. gewährt. Dazu kommt weiter ein für alle Beamten ohne Unterschied fester Teuerungszuschlag (Kopfzuschlag) in Höhe von Mk. 2500.— jährlich. Für die Ehefrau wird ein für alle verheirateten Bamten gleich hohe Zulage von Mk. 1000.— pro Jahr gewährt. Während zu den Kinderzuschlägen ein Teuerungszuschlag von 25 Prozent kommt, ist dies bei der Frauenzulage nicht der Fall. Für die etwa vorhandenen Kinder wird eine Kinderzulage von jährlich Mk. 1800, 2400 oder 3000 Mk. je nach dem Lebensalter gezahlt. Diese Sätze erhöhen sich um den 25prozentigen Teuerungszuschlag. In den Orten, wo die Arbeiter Ueberteuerungszuschüsse erhalten, kommt für die Beamten eine widerrufliche Wirtschaftsbeihilfe zu den vorgenannten Bezügen hinzu, die sich nach der Höhe der den Arbeitern gewährten Ueberteuerungszuschüssen richtet. Für je 10 Pfg. Ueberteuerungszuschlag pro Stunde erhält der Beamte Mk. 250.— Wirtschaftsbeihilfe pro Jahr.

Ueber die neuen Grundgehälter, Aufrückungsfristen und Ortszuschläge orientiert nachstehende Tabelle:

Aufrückungszeiten: Gruppe:	I Mk.	II Mk.	III Mk.	IV Mk.	V Mk.	VI Mk.	VII Mk.	VIII Mk.
Anfangsgehalt	11000	13500	15000	16000	17000	18500	20000	22000
nach 2 Jahren	11700	14100	15700	16800	18000	19500	21000	23500
„ 4 „	12400	14700	16400	17600	19000	20500	22000	25000
„ 6 „	13000	15300	17000	18300	19800	21300	23000	26200
„ 8 „	13600	15900	17600	19000	20600	22100	23800	[illegible]7400
„ 10 „	14200	16500	18[illegible]00	19700	212[illegible]0	22900	24600	28[illegible]00
„ 12 „	14800	17000	18800	20300	21800	2[illegible]600	25400	29800
„ 14 „	15400	17500	19400	20900	22400	24300	26200	31000
„ 16 „	16000	18000	20000	21500	23000	25000	27000	—

Aufrückungszeiten: Gruppe:	IX Mk.	X Mk.	XI Mk.	XII Mk.	XIII Mk.
Anfangsgehalt	25000	28000	32000	40000	53000
nach 2 Jahren	26600	30000	34500	44000	60000
„ 4 „	28200	32000	37000	48000	67000
„ 6 „	29800	34000	39500	51000	74000
„ 8 „	31400	36000	42000	54000	80000
„ 10 „	33000	38[illegible]00	44000	57000	—
„ 12 „	34500	40000	46000	60000	—
„ 14 „	36000	42000	48000	—	—
„ 16 „	—	—	—	—	—

Ortszuschläge.

Anmerkung zu den Ortszuschlägen: Durch die neuen Gehaltsgrenzen stehen sich die im Endgehalt der Besoldungsgruppe III sowie die im Anfangsgehalt der Gruppe X stehenden Beamten günstiger als nach den bisherigen Ortszuschlägen:

Ortsklasse	14800	14800—16500	16500—19800	19800—22900	22900—30000
A	3200	4000	4800	12600	6400
B	2400	3000	3600	4200	4800
C	2000	2500	3[illegible]00	3500	4000
D	1600	2000	2400	2800	3200
E	1200	1500	1800	2100	2400

Ortsklasse	30000—40000	über 40000
A	7200	8000
B	5400	6000
C	4500	5000
D	3600	4000
E	2700	3000

Preußischer Landtag.

Aenderung des Feld- und Forstpolizeigesetzes. — Erhöhung der polizeilichen Geldstrafen auf 300 Mark. — Erfolge der kommunistischen Demogogie. — Die Handels- und Gewerbeverwaltung.

S. P. D. **Berlin**, 14. März.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Aenderung des Feld- und Forstpolizeigesetzes. Die Vorlage bestimmt, daß die im Feld- und Forstpolizeigesetz festgesetzten Höchst- und Mindestbeträge für die Geldstrafen sowie die im Paragraph 6 des Gesetzes bestimmte Wertgrenze auf den zehnfachen Betrag erhöht werden. Nach den Ausschußbeschlüssen soll auch das Ersatzgeld auf den zehnfachen Betrag erhöht werden. Ein Antrag Limbertz und Dr. Rosenfeld will die Wertgrenze auf den dreißigfachen und das Ersatzgeld auf den zehnfachen Betrag erhöhen. Abg. Liebknecht (Unabh.) unterstützt diese Forderung und beantragt im Falle ihrer Ablehnung, die Wertgrenze auf das Zwanzigfache zu erhöhen. Nach Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird beschlossen, daß das Ersatzgeld und die Wertgrenze auf den zehnfachen Betrag erhöht werden. Eine Entschließung des Landtages fordert eine Reform des Gesetzes und beschleunigte Vorlegung eines entsprechenden Entwurfes.

In zweiter und dritter Lesung wird dann die Vorlage über die Erhöhung von landesrechtlich festgesetzten Geldbeträgen angenommen. Danach wird das **Höchstmaß der polizeilichen Strafverfügungen wegen Uebertretungen auf 300 M. erhöht.** Die Vorschriften über die Haftstrafen bleiben unverändert. Die Höchstbeträge der als Zwangsmittel zur Durchführung obrigkeitlicher Anordnungen angedrohten Geldstrafen sowie die für das Ver-

Antje Möller.

Roman von

Kurt von der Eider.

(67. Fortsetzung.)

Während der Postbote die Klöße in Sirup und Speckstippe tauchte, las Andrees den Brief von der Mutter noch einmal durch. Die treue Mutter bangte um ihren Sohn. Mit dem nur einem Mutterherzen eigentümlichen Ahnungsvermögen hatte sie herausgefunden, daß auf Heisterneſt nicht alles stimmte, und nun forschte sie heimlich mit versteckten Fragen. Es lag große Angst in dem Briefe und große Liebe. Dem jungen Mann wurde es ganz eigen ums Herz, so als wäre er ein Kind noch und müßte der Mutter alles anvertrauen, was seine Seele bewegte. Er schrieb deshalb ohne viel Ueberlegung, gerade so, wie ihm zumute war. Und da sein Herz gerade jetzt so verstört, so unruhevoll und sehnsuchtsbang war, wurde es kein Brief, der ein Mutterherz beruhigen konnte.

Der Briefträger steckte gleichmütig beide Briefe ein, bedankte sich und ging. Er war schon außer Sicht, da fiel es Andrees ein, daß er dieses und jenes lieber nicht hätte schreiben sollen. Er wäre gern hinter dem Boten hergelaufen und hätte den Brief zurückgeholt. Er war auch willens, dies zu tun, aber er besann sich und hängte seine Mütze wieder an den Nagel. Es war zu spät.

Es war auch gut so. Ihm war freier ums Herz geworden, als hätte er sich aller Schuld ledig geschrieben, als hätte er nun sein Geschick in eine andere Hand gelegt, die es zum Guten wenden würde.

Ob Wiebke ähnlich dachte? Auch sie schien sich freier zu fühlen. Zum ersten Mal seit langer Zeit plauderten sie wieder in der alten, harmlosen Weise.

Sechzehntes Kapitel.

Antje Möller verging dieser Sommer gar zu langsam. Ihr Andrees war so weit von ihr entfernt, daß er sie den ganzen Sommer hindurch nicht einmal besuchen konnte, und das Briefschreiben war nicht seine Sache. Die Hoffnung auf die Zukunft ihres Sohnes tröstete sie indessen immer wieder.

Inzwischen kam Mieken öfters zu ihr und sprach mit ihr von Andrees, und auch Krischan Nahwer und seine Tochter kamen. Dann wurden Erinnerungen aufgewärmt und Luftschlösser gebaut. Krischan Nahwer sah ihn schon als künftigen Großgrundbesitzer und Dreesohm fügte unter wehmütigem Lächeln hinzu: „Ich hab's immer gesagt, der Junge war gleich zu groß; der wächst über unser kleines Haus hinaus. Paß auf, wenn er wiederkommt, geht er nicht mehr zur Tür hinein." Gestern nun hatten die Alten zur Abwechslung mal auf den Jungen gescholten, weil er garnichts von sich hören ließ. Mieken hatte ihn verteidigt, als wäre er ein Baby und sie seine Mutter. Sie hatte dabei einen harten Stand gehabt und hochrote Backen bekommen. Ja, das sollte der Junge nur wissen.

Gerade als Antje in der Haustür stand und daran dachte, langte ihr der Briefbote einen Brief zur Türluke hinein.

Mit zitternden Fingern riß sie das Kuvert auf. Eine Ahnung kommenden Unheils überkam sie, und während sie las, wurde ihr immer dunkler vor Augen.

„Christel".

Mit dem Abdruck unseres neuen Romans „Christel" beginnen wir Mitte nächster Woche. „Christel" wird in wenigen Tagen der begehrteste Lesestoff aller Frauen unseres Verbreitungsgebietes sein.

„Volksstimme".

„Liebe Mutter!" schrieb Andrees. „Du weißt wohl, daß ich nicht gerade fürs Briefschreiben bin, aber nun muß ich doch man gleich wieder schreiben. Ja, liebe Mutter, es ist nun doch am Ende alles anders gekommen, als man dachte; Wiebke und ich haben uns versprochen, und wenn es dem Bauern recht ist, heiraten wir auch bald. Nein kann er nicht sagen, denn er hat ja selber Schuld, daß es so gekommen ist. Was läßt er seine Tochter allein mit seinem Knecht auf solchem abgelegenen Hofe hausen und ist weiter kein Mensch da, als eine alte Frau, die blind und taub ist und nicht mehr mitzählt. Ich kann Dir sagen, Mutter, ich habe mich tapfer gehalten, aber ich bin auch man bloß ein Mensch. Es tut mir man leid um die kleine Mieken, aber sie ist ja jung und kriegt leicht einen Besseren als mich. Sei Du man mein Advokat bei ihr und führe meine Sache und sage es auch den andern und Dreesohm, daß Andrees nicht anders konnte. Wiebke ist auch gar nicht stolz mehr zu mir, und ich glaube, wenn Du sie siehst, magst Du sie auch leiden. Glaube aber ja nicht, liebe Antjemutter, daß ich dabei an Geld und Gut gedacht habe; nein, es ist bloß gekommen, weil wir uns so fürchterlich verlassen fühlten. Und so recht von Herzen vergnügt bin ich auch nicht, weil ich immer an Dich denken muß. Liebe Mutter, kann denn der Mensch dafür, wenn ihm das Wasser über den Kopf steigt? Sei mir doch bloß nicht böse und verzeihe und behalte lieb Deinen

Andrees."

Antjemutter saß wie versteinert, und als Dreesohm mit der Pfeife in der Hand hereinkam, vergaß er ganz das Saugen. Er dachte, ihr wäre etwas passiert; er sah nur ihr blasses Gesichtchen, nicht den Brief.

Ohne ein Wort zu sagen, reichte ihm Antje das Schreiben. Kopfschüttelnd holte der Alte die Brille hervor, putzte die Gläser und setzte sich in seiner Sofaecke zurecht. Es dauerte eine ganze Weile, bis er das Schreiben entziffert hatte, und Antje saß die ganze Zeit mit gefalteten Händen ihm gegenüber, als erwarte sie von ihm ihr Urteil.

Endlich hatte er zu Ende gelesen. „Ja, das hilft alles nichts," sagte er, „da mußt du hin."

Ihr rannen schon die Tränen über die Backen. „Ich kann nicht, ich kann nicht," jammerte sie; „soll ich die beiden in den Tod jagen? Was soll ich tun? Ach, die armen Kinder!"

Der Alte wiegte den Kopf. „Nach Rethwischhof mußt du; der Vater muß vor allen Dingen Bescheid wissen."

„Ich soll zu Rolf gehen? Was wird der von mir denken, und die Frau, die er heiratet, die jagt mich aus dem Hause. Nein, das geht nicht."

„Ja, das ist so eine Sache; aber hattest du nicht noch jemand Bekannte in Bredwort?"

„Ja, Heie Rehm und Trina."

„Kannst du denn da nicht hingehen und sehen, ob du den Bauern zu sprechen kriegst?"

„Ja, das kann ich."

„Na, denn man los."

„Du meinst also wirklich, Dreesohm, daß ich hin muß?"

„Natürlich mußt du, und je eher je lieber. Fahre gleich morgen früh mit der ersten Post nach Husum, dann fährst du mit dem Zug nach Tönning und von da mit dem Omnibus nach Bredwort. Das ist wohl ein gehöriger Umweg, aber du läufst dir nicht die Füße dabei kaputt."

„Ach, Dreesohm, ich habe solche Angst!"

„Du bist und bleibst doch die alte. Gradauf wie ich, Antje, immer den Kopf in die Höh'."

Heute lachte Antje nicht einmal über die komisch gerade Kopfhaltung des Alten; sie war ganz voller Sorgen.

„Ob ich wohl den schwarzen Hut aufsetze und das Sonntagskleid, oder ist das zu fein?"

„Nein, mein Deern, mach' dich man recht fein. Junge Leute müssen sich immer putzen."

„Ach, Dreesohm, ich bin vierundvierzig Jahre alt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751922O314-16/fragment/page=0002

waltungsstreitverfahren geltenden Kostensätze werden im Durchschnitt verzehnfacht.

Bei der fortgesetzten Debatte über den kommunistischen Antrag der Sowjet-Regierung bedingungslos 20 Millionen Mark zur Linderung der russischen Hungersnot zur Verfügung zu stellen, gibt Abg. Lampe (D. Vp.) den Kommunisten den Rat, die russischen Propagandagelder für diesen Zweck zu verwenden. Der Redner fordert Ueberweisung des Antrages an einen Ausschuß.

Abg. Nuschke (Dem.) steht der Tendenz des Antrages sympathisch gegenüber, bedauert aber, die von den Antragstellern gewählte Form.

Abg. Preyer (Dnt.) erklärt, daß für seine Partei der Antrag unannehmbar ist, weil man annehmen muß, daß die Gelder zu kommunistischen Propagandazwecken verwendet werden.

Abg. Cohn (Unab.): Mit dem Ziel des Antrages sind wir einverstanden. Der Ausschuß wird hoffentlich einen gangbaren Weg zur Verwirklichung finden. Es handelt sich hier um eine politische Aktion, und deshalb ist es falsch, den Weg der freien Liebestätigkeit zu empfehlen. Das deutsche und das russische Volk gleichen dem Blinden und dem Lahmen, die nur durch gegenseitige Hilfe vorwärts kommen können.

Nach einem Schlußwort des Abg. Meyer (Kom.) wird der kommunistische Antrag dem Hauptausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung. Der Hauptausschuß hat den Haushalt mit unwesentlichen Aenderungen genehmigt und eine Anzahl von Anträgen empfohlen, welche sich auf das Fach- und Fortbildungsschulwesen, auf die Förderung des Kunstgewerbes, auf die Regiearbeiten, sowie auf die Verkehrsinteressen beziehen.

Den Bericht des Ausschusses erstattet Herr Abg. Pinkerneil (D. Vp.)

In der Debatte erklärt Abg. Leidig (D. Vp.): Das Reich muß bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen in Fühlung bleiben mit dem preuß. Handelsministerium. Eine in sich abgeschlossene preußische Wirtschaft wollen wir nicht haben. Mit Bewußtsein stellen wir uns mitten in die wirtschaftliche Gesamtorganisation des Reiches hinein. Verhindert werden muß das Aufkommen eines Reparationsgewinnlertums. Die Industrie muß wieder da anfangen, wo sie vor dem Kriege aufgehört hat, selbstverständlich unter Schonung der menschlichen Arbeitskraft.

Schluß gegen 6 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr.

Fort mit dem Mutterschaftszwang.

Genossin Bohm-Schuch über die Not unserer Frauen.

Halle, 14. März.

Gestern sprach die Genossin Bohm-Schuch-Berlin im Wilsdorfs Gesellschaftshaus vor einer sehr aufmerksamen Zuhörerschaft über die Abtreibungsparagraphen.

Wir bedauern nur, daß es nicht allen Frauen vergönnt war, diesen Vortrag zu hören. Klara Bohm-Schuch ist eine formvollendete Rednerin, die in ihrer ungekünstelten, packenden Redeweise wie keine andere in der Lage ist, der beispiellosen seelischen Not, in welcher sich die Frauen der arbeitenden Klasse befinden, Ausdruck zu geben. Schwer lasten die Paragraphen 218 und 219 des Strafgesetzbuches, wonach die Abtreibung der Leibesfrucht und die dazu gegebene Beihilfe mit Zuchthaus bis zu 5, bezw. 10 Jahren bestraft werden kann, auf den Schultern der Frauen aus dem werktätigen Volke. Die wirtschaftliche Not der werktätigen Bevölkerung bringt es mit sich, daß unzählige proletarische Frauen gezwungen sind, sich unter das furchtbare Damoklesschwert dieser Zuchthausparagraphen zu stellen und die Abtreibung als letztes Mittel zu benutzen. Diese Not ist so furchtbar, daß sie kaum auszudenken ist. Denn aus den Kreisen der Aerzte wird die Zahl der zum Mittel der Abtreibung greifenden Schwangeren mit

85 Prozent

angegeben.

Von 100 aller schwangeren Frauen begeben sich 85 in die Gefahr, von den Zuchthausparagraphen „moralisch" erschlagen zu werden, dauerndem Siechtum zu verfallen, ja, den verhängnisvollen Schritt mit dem Leben zu bezahlen. Welche Unsumme seelischen Leidens aber in dieser Zahl liegt, ist nur zu erfassen, wenn man das Bewußtsein der Mutterschaft von der ethischen Seite betrachtet.

Nicht Hilfe brachte die „weise" Gesetzgebung den schwer leidenden Frauen, sondern bis zur Unerträglichkeit gesteigertes Elend. Die sich in ihrer Not nicht mehr zu helfen wissenden Frauen, werden der ärztlichen Hilfe ferngehalten und in die dunklen Winkel der Kurpfuscher und „weisen Frauen" getrieben. Eine Unsumme langwieriger Frauenkrankheiten, ja der Tod, lauern in diesen heimlichen Unterschlüpfen auf ihre Opfer.

Gegenüber dieser schreienden Not, verlangen wir, daß die Frauen frei über ihren Körper verfügen dürfen, daß jede Frau schon von vornherein in der Lage ist, über Empfängnis zu entscheiden und daß die Zuchthausparagraphen so bald wie möglich verschwinden.

Die Durchsetzung dieser Forderung bedingt den Kampf im Parlament, das ist die politische Seite dieser Frage. Die Rednerin ersuchte die Versammlung, die Sozialdemokratische Partei in ihrem Kampfe gegen die Zuchthausparagraphen 218 und 219 zu unterstützen.

In der Diskussion sprachen zwei Kommunisten und eine bürgerliche Frau. Interessant war der Ausspruch des Kommunisten Urban, daß mit Beseitigung der beiden Paragraphen für die Frauen nichts gebessert sei. (!) Hoffentlich stützen sich die rechtsgerichteten Kreise im Parlament nicht auf diesen Ausspruch, wenn sie unseren Antrag ablehnen. Die Genossin Bohm-Schuch erteilte Herrn Urban für diese, mit den Rechtsgegnern unserer Verbesserungsanträge, gezeigten Gesinnungsgemeinschaft die richtige Antwort.

Wirtschaft.

„Feste" Haltung am Devisenmarkt.

Bei Beginn der neuen Woche zeigte sich am Devisenmarkt wieder eine sehr feste Haltung. Dollarnoten schwankten zwischen 528 und 624. Amtlich notierten Kabel New York: 263,50, London 1145, Holland 9875. An der Effektenbörse vollzog sich eine scharfe Aufwärtsbewegung aller Industriepapiere. Besonders gesucht waren gewisse Kaliaktien, da man von der Bildung eines dritten Kalitrusts spricht, der sich um die Werte Krügershall und Heldburg kristallisieren soll. Außerdem waren Maschinenbauaktien sehr gesucht im Hinblick auf den günstigen Verlauf der Technischen Messe in Leipzig.

Verschärfung der englischen Industriekrisis. Aus London wird gemeldet: Durch die Aussperrung in der Maschinenindustrie sind etwa 400 000 Arbeiter erwerbslos geworden.

Gewerkschaftliches.

Der Metallarbeiterstreik in Magdeburg beendet. Durch Vermittlung der Regierung ist in dem seit einigen Wochen andauernden Metallarbeiterstreik jetzt eine Einigung erzielt worden.

Metallarbeiterstreik in Augsburg. Nach Meldung des B. T. aus Augsburg ist dort gestern in einer Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes einstimmig beschlossen worden, am Mittwoch in den Streik zu treten. Zuerst sollen die zwei großen Betriebe der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg und der Maschinen- und Bronzewarenfabrik Riedinger, zusammen mit 6000 Mann Belegschaft die Arbeit niederlegen. Die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes und des Gewerkvereins wollen sich ebenfalls an dem Streik beteiligen.

Aus aller Welt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Durch Explosion eines Essigsäurekessels in den Höchster Farbwerken wurden zwei Arbeiter getötet, einer schwer verletzt.

Die „gesteinachten" Kühe. Nun also fließt in unseren gesegneten Zeiten der Jungbrunnen auch für die Kühe! Wenigstens soll es nach einem Bericht des pennsylvanischen Staatsbureaus für Tierkunde gelungen sein, bejahrte Kühe „so frisch wie junge Kälber" zu machen, indem man sie mit einem aus den Drüsen von Säuen gezogenen Serum behandelte. Alle die elf Kühe, denen man diese „Steinach-Kur" angedeihen ließ, waren bereits Großmütter; sie erlangten aber ihre volle Fähigkeit des Milchgebens wieder und alle anderen Zeichen der Jugend.

Provinz und Umgebung.

Konferenz der Weißenfelser Betriebsräte.

Betriebsrätewahlen. — Bezirkswirtschaftsräte.

Weißenfels, 15. März.

Vom Ortsausschuß des A. D. G. B. waren am 9. März die Betriebsräte, Betriebsobmänner und Ersatzleute nach dem Volkshaus eingeladen worden. Auch das Afa-Kartell war vertreten.

Genosse Kubitzky rügte das Fernbleiben einiger Betriebe und erwartete, daß die Belegschaften in Zukunft dafür sorgen, daß zu diesen Sitzungen auch ihre Betriebsvertretungen erscheinen.

Bezirkssekretär Berkling ging auf die Bedeutung der Betriebsrätewahlen in seinem Vortrage näher ein. Er hob hervor, daß eine große Anzahl Betriebsvertretungen mit ihren Aufgaben noch nicht so vertraut ist, wie es im Interesse der Belegschaften und der gesamten Arbeiterschaft notwendig ist. Vom Bezirkssekretariat werden alle Anstrengungen gemacht, um dieses Manko zu beheben. Er erinnerte an die regelmäßig stattfindenden Schulungsvorträge. Wenn auch im vergangenen Jahre 45 000 Gewerkschaftskollegen an diesen Vorträgen sich beteiligt haben, so muß immer wieder betont werden, daß diese Zahl noch zu gering ist und sich noch heben muß. — Im Laufe des Vortrages ging er weiter auf die

Schaffung der Bezirkswirtschaftsräte

ein und betonte, daß es jetzt nicht so sehr auf die Abgrenzung der Gebiete der Bezirkswirtschaftsräte ankomme, sondern daß erst mal der Unterbau der Bezirkswirtschaftsräte so gestellt wird, wie es die Interessen der Arbeiterschaft erfordern. Die jetzt bestehenden einseitigen Interessevertretungen der Unternehmer, die Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern müssen umgestaltet werden und sind paritätisch von Arbeitnehmer und Unternehmer zu besetzen. Die Unternehmer setzen sich dagegen mit aller Kraft zur Wehr, da sie diese Instanzen, in denen ihre Interessen vertreten werden, nicht aus den Händen gleiten lassen wollen.

In der einsetzenden lebhaften Aussprache, an der sich die Kollegen Klebowitz, Bietz-Afakartell, Rößner und andere Kollegen beteiligten, wurden die Verhältnisse der Betriebe gründlich besprochen und teilweise eine herbe Kritik geübt.

Im Schlußwort ging der Kollege Berkling auf die Aussprache ein und zeigte an Hand von Beispielen, daß ohne die Tätigkeit und Mitarbeit der Gewerkschaftskollegen eine Besserung nicht zu erhoffen ist.

Unter „Verschiedenes" wurde die diesjährige Maifeier besprochen. Kollege Berkling empfahl, daß die Parteien von einer selbständigen Feier Abstand nehmen sollen, und das Gewerkschaftskartell die Feier vornehmen möge.

Weißenfels. Wieder Brikettpreiserhöhung. Ab 1. März gelten folgende Brikettpreise: Von der Grube Hasse, Roßbach pro Ztr. 37 Mark und aus allen anderen Gruben pro Ztr. 37,50 Mark. Ein Keil treibt den anderen und so werden wiederum neue Preissteigerungen auf allen Gebieten die Folge sein. Den Arbeitern, Beamten und Angestellten aber, die gar nicht mehr aus den Lohnbewegungen herauskommen wird es immer schwerer, ihr nacktes Leben zu fristen.

Weißenfels. Volksbühne. Als zweite Aufführung der Volksbühne wird Ibsen's „Rosmersholm" gegeben. Die erste Vorstellung findet Dienstag, den 14. März statt. Es beginnt diesmal Gruppe B. Die anderen Gruppen schließen sich laufend an den darauffolgenden Freitagen und Dienstagen an. Ein Jeder passe auf, wenn er dran ist. Als dritte Aufführung wird Roseggers „Am Tage des Gerichts" geplant.

Zeitz. Schweres Eisenbahnunglück. Auf der einspurigen Strecke zwischen Kostitz und Dobitschen fuhr am Sonnabend nachmittag eine Lokomotive auf den von Meuselwitz kommenden Personenzug auf. Beide Lokomotiven und vier Wagen entgleisten. Eine Person wurde getötet, zehn Personen schwer und fünf leicht verletzt.

Wittenberg soll kreisfrei werden!

Der Widerstand des Kreises. — Ueber 25 000 Einwohner.

Wittenberg, den 16. März.

Schon seit längerer Zeit schweben Verhandlungen zwischen der Kreisbehörde und unserer Stadtbehörde über das Ausscheiden der Stadt Wittenberg aus dem Kreise. Bekanntlich haben Städte über 25 000 Einwohner das Recht, sich von der Aufsicht der Kreisbehörde frei zu machen. Trotzdem die Stadt Wittenberg nach dem letzten Einwohnerzählungsergebnis nur etwa 23 000 Einwohner aufzuweisen hatte, waren schon die Verhandlungen eingeleitet worden, und zwar glaubte man bereits auf Grund des Charakters als Industriestadt die Stadt Wittenberg kreisfrei zu bekommen. Selbstverständlich wurden vom Kreis die größten Schwierigkeiten keiten bereitet, denn im Grunde genommen stellte ja in verschiedenen Beziehungen die Stadt Wittenberg die melkende Kuh, besonders auf finanziellem Gebiet, dar, ohne daß der Kreis besondere Gegenleistungen an die Stadt machte. So dürfte der Kreis wohl kaum jemals irgend einen Zuschuß zu städtischen Straßenbauten oder für die Wohlfahrtspflege in der Stadt geleistet haben, abgesehen von Unterstützungen an Anstalten, die dafür aber auch verpflichtet waren, für den ganzen Kreis zu wirken. Jetzt scheint aber die Auskreisung doch perfekt zu werden, denn nach der jetzt neu eingerichteten Kartothek des hiesigen Einwohnermeldeamts wurde einwandfrei festgestellt, daß die Stadt Wittenberg bereits über 25 000 Einwohner zählt. Die Vorarbeiten der Auskreisungskommissionen beider Instanzen sind soweit fortgeschritten, daß der Auskreisungsvertrag dem am Freitag, den 17. März stattfindenden Kreistag und der am gleichen Tage einberufenen Stadtverordnetensitzung zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden kann. Gerade die Wittenberger Arbeiterschaft hat keine Ursache, dem Verlust der Kreisunsicht unter Leitung des stark reaktionären Landrats v. Trebra eine Träne nachzuweinen.

Burgkemnitz. Was sagt nun der Herr Pastor? Hier in unserem friedlichen Orte hat sich unser neuer Pastor veranlaßt gefühlt, mit einer Liste für „Beibehaltung der evangelischen Bekenntnisschule" freßen zu gehen. Leider war es auch möglich, infolge des verschleierten Schriftsatzes der Liste, reichliche Unterschriften zu erlangen. Mit dieser Tatsache beschäftigte sich nun am vergangenen Mittwoch eine Volksversammlung. Das Referat hatte der Lehrer Becherer-Werdellin übernommen. Eingangs der Versammlung wies der Versammlungsleiter Gen. Krüger auf den Zweck der Versammlung hin. Der Referent erläuterte in einem mit Beifall aufgenommenen Vortrage den neuen Reichsschulgesetzentwurf. Während der Aussprache, die sich sehr rege gestaltete, gingen zwei Resolutionen ein. Die erste lautete: „Die am 8. März 1922 im Gasthaus zu Burgkemnitz versammelten Erziehungsberechtigten der Gemeinde Burgkemnitz erheben schärfsten Protest gegen den Reichsschulgesetzentwurf, da er dem Artikel 146,1 der Reichsverfassung widerspricht. Anstatt die Errichtung von Sonderschulen auf die wenigen Fälle zu beschränken, in denen Gewissensbedenken von Erziehungsberechtigten eine Bekenntnisschule oder bekenntnisfreie Schule notwendig erscheinen lassen und die

Romain Rolland an Henri Barbusse.

In den literarischen Kreisen von Paris erregt die politische Unstimmigkeit zwischen den genannten hervorragenden Schriftstellern großes Aufsehen. Die Ursache des Vorganges bringt ein offener Brief von Romain Rolland zum Ausdruck mit folgendem interessanten Inhalt:

„Lieber Barbusse! Ich vermochte mich eines freundschaftlichen Lächelns nicht zu erwehren, als ich in Ihrer jüngsten Abhandlung las, daß Sie Fehler nicht anerkennen in jener „Geometrie der sozialen Revolution", die das Grundprinzip Ihrer Gruppe bildet. Welch eine merkwürdige Aufstellung! Sie übertreffen mit Ihrem Nationalismus die eidgenössischen Gelehrten, mit denen Sie sich vergleichen; und dabei sind diese selbst entfernt davon, zu verkennen, daß die Grundgesetze von Euklides unerschütterlich seien. Wie dem nun sei, ich glaube nicht an die Unerschütterlichkeit Ihrer Sozialen Geometrie" und kann mich an Sie nicht binden: 1. weil sogar in der Theorie und Doktrin dem neomarxistischen Kommunismus, gemäß seiner gegenwärtigen Gestalt, mir wenig vorhanden zu sein scheint, was dem wahren Fortschritt der Menschheit entspräche; 2. weil die tatsächliche Anwendung dieser sozialen Geometrie in Rußland von harten und verheerenden Fehlern behaftet ist und die Häupter der neuen Ordnung den „sozialen Geometrie" die allerhöchsten moralischen Werte zum Opfer bringen: Arbeit, Wahrheit und Menschlichkeit.

Militarismus, Polizeiterror, grobe Vergewaltigung erachte ich nicht als sanktioniert, weil sie Rüstzeug der kommunistischen Diktatur und nicht der Plutokratie sind. Zu meinem Bedauern muß ich hören, daß Sie die „Gewalt" nur als ein „Detail", und zwar als „vorübergehendes Detail" betrachten. Ich glaube, daß eine derartige Formel von jedem beliebigen Minister der bürgerlichen Richtung ausgenützt werden könnte.

Ihre Anschauung ist in Ihrem Kernpunkte völlig verkehrt. Man könnte sie mit Ueberwindung noch gelten lassen, wenn die menschliche Seele eine „tabula rasa" wäre, auf der mit Kreide jedesmal aufs neue geschrieben würde, nachdem der Schwamm das Vorherige weggewischt hätte. Der lebendige Organismus ist noch eine äußerst empfindliche Substanz, von der die feinsten Spuren eines Gefühls festgehalten werden. Und die Vergewaltigung hinterläßt in ihr unwischbare Spuren.

Mehr als je zuvor behaupte ich: es ist nicht wahr, daß die Verteidigung eines Zieles die Mittel hierzu rechtfertige! Die Mittel haben eine noch größere Wichtigkeit für den wahren Fortschritt, als das Ziel selbst. Selten wird das Ziel erreicht, es bewirkt nur die äußeren Beziehungen unter den Menschen.

Die Mittel aber beeinflussen den menschlichen Verstand, je nachdem sie sich in Gerechtigkeit oder Gewalt auswirken. Sobald das Bewußtsein sich unter dem Eindruck der Gewalt verändert, wird keine Regierung eine Unterjochung der Schwachen durch die Starken verhindern können. Deshalb erachte ich die Verteidigung moralischer Werte in einer revolutionären Zeit noch wesentlich bedeutsamer, als in einer gewöhnlichen, weil der menschliche Verstand in der ersteren eher zu Veränderungen geneigt ist. Ich bin daher auch fest überzeugt, daß Sie dem Kommunismus große Dienste geleistet haben würden, wenn Sie, statt ihn lediglich zu schützen, frei und ehrlich kritisiert hätten.

Nur ein Mensch in der ganzen Partei verwirklicht die Unabhängigkeit vom Schicksal, das ist Lenin. Aber dieser machtvolle Mensch wird eingeengt von seiner Doktrin und von den Kremlmauern. Um ihn herum sehe ich nur Diener des Gesetzes, und ich möchte ihn zurufen: „Kommunisten, seid freie Leute!"

Solange ich dieses Streben zur Freiheit und Wahrheit, das mit der Achtung einer freien Kritik verbunden ist, nicht in der kommunistischen Partei finde, solange die Träger der Revolution die heiligen Forderungen der Gewissensfreiheit mißachten, werde ich außerhalb der Partei stehen, ohne jede Illusion hinsichtlich des Ausgangs vom Kampfe."

Tugend ist Wissen. Kein Mensch tut freiwillig unrecht. — Zwei Hauptsätze des Sokrates, die uns überliefert wurden und sehr paradox klingen. Was wollte Sokrates mit diesen Sätzen sagen? Dr. August Hanneffer, der bekannte Philosoph und Schriftsteller beantwortet diese Frage in seinem soeben bei der Franckh'schen Verlagsbuchhandlung unter Mitarbeit von Prof. Dr. A. Liebert, Privatdozent Dr. O. Wichmann und Dr. P. Wust erschienenen „Philosophiebüchlein" (Preis geh. M. 9,60) dahingehend: Sokrates wollte sagen: wer das Gute wirklich kenne, der tue es auch. Die Einsicht, die Besinnung des Menschen über das wahre Ziel des Lebens und die wahren Güter des Lebens siehe notwendig, so meinte Sokrates, die entsprechende Handlungsweise nach sich. Nur die Unklarheit der Begriffe, nur die innere Unsicherheit und Finsternis sei schuld, wenn die Menschen sich gegen die Gesetze und gegen die Sittlichkeit vergehen. Darum suchte Sokrates die Begriffe zu klären, suchte die Menschen aus dem dumpfen Zustande des Autoritätsglaubens herauszureißen und verpflichte unbarmherzig die Meinungen, die einer dem anderen nachsprach. Er verwies jeden an sich selber und rief ihm zu: in dir selber stecken alle die Wahrheiten und Kräfte, die dein Leben zu einem edlen, nutzbringenden und gesegneten machen! Werde nur klar über dich, so wirst du auch gut; d. h. so findest du die Stelle in der Welt, wo du hingehörst, und kannst für das Vaterland, für deine Freunde und für dein Haus wacker schaffen und wirken! — Das Wort Tugend bedeutet für Sokrates soviel wie Tüchtigkeit. Tugendhaft ist nach seiner Meinung nicht der verstiegene Schwärmer, auch nicht der gelehrte Professor; tugendhaft ist nur der, der ein Meister in der Kunst und Wissenschaft des Lebens ist. Er fand, daß die Menschen das Leben nicht zweckmäßig, nicht fachmännisch genug anfassen. Ueberall sah er Pfuscher und Dilletanten des Lebens!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220314-16/fragment/page=0003

Schule in ihrem äußeren Aufbau und ihrer inneren Entwicklung nicht geschädigt wird, zerschlägt der Entwurf die gesamte deutsche Volksschule: 1. Der Entwurf nimmt dem Staate die Schule aus der Hand und liefert sie den Bekenntnissen und den Weltanschauungen aus. 2. Der Entwurf erhöht die Schulaufwendungen durch Neubildung von Zwergschulen, die weniger leistungsfähig sind. 3. Der Entwurf trägt eine Spaltung in das Volk hinein, die Gegensätze schafft, die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind. 4. Der Entwurf schafft eine Ausnahmestelle nur für die Volksschule. 5. Der Entwurf vernichtet die Grundlage einer großen, zukunftsreichen, völkischen und staatlichen Entwicklung. Deshalb fordern wir als Normalschule die Gemeinschaftsschule gemäß Artikel 146,1 der Reichsverfassung." Die andere Resolution lautete: „Wir evangelischen Erziehungsberechtigten von Burgkemnitz erheben schärfsten Protest gegen die Machenschaften unserer Kirche hinsichtlich der Beibehaltung der sog. evangelischen Volksschule und gegen die Art, Unterschriften zu sammeln, die öffentlich zu klären unterblieben ist. Wir fechten aus diesem Grunde die von uns unterschriebene Liste an, ziehen unsere Unterschriften zurück und erklären die Liste in der heutigen öffentlichen Versammlung für ungültig." — Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen, ein Zeichen dafür, daß, wenn die Aufklärung frühzeitig ins Leben gerufen worden wäre, nicht so viel auf diese Machenschaften hereingefallen wären. Der verehrte Herr Pastor glänzte, trotz persönlicher Einladung, durch Abwesenheit.

Piesteritz. Aus dem Parteileben. Am 10. März fand hier im „Roten Berg" eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung der SPD. statt. Genosse Kämpf, Bitterfeld, hielt einen Vortrag über die neuen Steuern. In sehr klarer Weise verstand es Gen. Kämpf, den Anwesenden auseinanderzusetzen, weshalb unsere Genossen das Steuerkompromiß eingingen. In die Pressekommission wurden die Gen. Brunow und Oberreich gewählt. Bei der Aussprache über die Angliederung des Kreises Wittenberg an den Unterbezirk Bitterfeld-Delitzsch wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Parteigenossen des Ortsvereins Piesteritz sind der Ansicht, daß es im Interesse der Parteiorganisation liegt, wenn der Kreis Wittenberg dem Unterbezirk Bitterfeld-Delitzsch angeschlossen wird."

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

Falkenberg. Von der Holzverlosung. — Unnützer Skandal. Am Donnerstag kam es zu unliebsamen Auseinandersetzungen anläßlich der Holzverlosung. Oskar Bresch war angetrunken. Von gewissenlosen Leuten wurde er aufgehetzt. Es kam zu Auseinandersetzungen, die mit einer Schlägerei endeten. Wie wir hören, wird die ganze Angelegenheit für Bresch wegen Körperverletzung und Beleidigung noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Diejenigen Personen, die Bresch, der angetrunken war, zu seinem Tun aufgehetzt haben, haben gerade keine Heldentat verrichtet. Die Sozialdemokratische Fraktion hat nach langer Auseinandersetzung die Verlosung des Holzes noch einmal durchsetzen können. Mit derartigen Auftritten dient man der Verlosung nicht, sondern man sorgt dafür, daß das Holz freihändig meistbietend verkauft wird. Doch das überlegen sich die Personen, die da im Hintergrunde bei jeder Gelegenheit hetzen, nicht. Und wenn nächstens die Holzverlosung nicht mehr stattfindet, dann haben jene Helden auch wieder das Maul am allergrößten. Es ist traurig, daß sich immer und immer wieder Leute finden, die auf jede Alarmnachricht hereinfallen. Denn die Worte wie „Holzverschieber", „Schieber" und „Schwindler" gebrauchten nicht nur Bresch, sondern auch andere Leute. Doch damit wird die Sache nicht aus der Welt geschafft. Tatsachen müssen entscheiden. Kann jemand diese anführen, dann soll er sich an die maßgebenden Stellen wenden und Untersuchung verlangen. Er soll aber nicht unnötig die Vertreter, die sich in den betr. Kommissionen zu den wahrlich nicht beneidenswerten Arbeiten in derselben bereit erklärt haben, die Freude zur Arbeit rauben.

Liebenwerda. Die Verschmelzungsaktion der Kriegsbeschädigtenorganisationen im Kreise. Am letzten Sonntag tagte in Mückenberg die Achter-Kommission der Kreisverbände des Reichsbundes und des Einheitsverbandes deutscher Kriegsbeschädigten pp., um zu den in Eisenach stattgefundenen Verhandlungen der Spitzenorganisationen Stellung zu nehmen. In der Debatte kam der im hiesigen Kreise herrschende Unwille über die Verschleppung des zentralen Zusammenschlusses zum Ausdruck und sofortige Lösung dieser Frage ohne Rücksicht auf personelle Angelegenheiten wurde gefordert. Folgende Resolution wurde mit allen Stimmen bei einer Enthaltung angenommen: „Der Kreisverband Liebenwerda des Reichsbundes pp. und der Kreisverband des Einheitsverbandes pp. verschmelzen sich am 1. April 1922 zum Kreisverband des Reichsverbandes pp., der sich beim Scheitern der zentralen Verschmelzung dem Reichsbunde anschließt." Zum Vollzug der damit beschlossenen Verschmelzung im Kreise und zur Beratung der neuzuschaffenden Statuten und Geschäftsordnungen wird ein allgemeiner Kreisverbandstag für Sonntag, den 19. März, vormittags 10 Uhr, nach dem „Gasthof zur Eisenbahn", Mückenberg, einberufen. Die Einladung und Tagesordnung ist durch den Kreisverbandsgeschäftsführer allen Ortsvereinen zugegangen, die nach § 6 des alten Statuts ihre Delegierten zu entsenden haben.

Mansfelder Kreise—Sangerhausen.

Eisleben. Beigelegter Streik. Wegen wirtschaftlicher Forderungen waren die Arbeiter der Firma Gustav Weitzel in den Streik getreten. Nach viertägiger Dauer ist dieser Streik durch Schiedsspruch beigelegt.

Eisleben. Beigelegter Streik. Wegen wirtschaftlichen Landesteilen, denen bei ihrer Auswanderung aus Polen sogenannte „Steuersicherheiten" abverlangt worden sind, wollen sich mit der Behörde (Magistrat) in Verbindung setzen.

Sport und Körperpflege.

Serienkämpfe des 1. Bezirkes (7. Kreis).

Die Serienkämpfe des 1. Bezirks (7. Kreis) finden in folgender Aufstellung statt: Am 12. März: Naumburg—Roßbach, Aue—Zeitz; am 19. März: Uechteritz—Naumburg, Teuchern—Aue, Roßbach—Hohenmölsen; am 26. März: Naumburg—Zeitz, Roßberg—Teuchern, Aue—Uechteritz; am 2. April: Teuchern—Naumburg, Aue—Roßbach, Uechteritz—Zeitz; am 9. April: Naumburg—Aue, Zeitz—Roßbach, Hohenmölsen—Uechteritz; am 14. April (Karfreitag): Hohenmölsen—Naumburg, Roßbach—Uechteritz, Zeitz—Teuchern; am 23. April: Teuchern—Uechteritz, Aue—Hohenmölsen; am 30. April: Hohenmölsen—Teuchern; am 7. Mai: Zeitz—Hohenmölsen.

Kampfrichter stellt: Am 12. März: in Naumburg Uechteritz, in Aue Hohenmölsen; am 19. März: in Uechteritz Aue, in Teuchern Roßbach, in Roßbach Naumburg; am 26. März: in Naumburg Roßbach, in Roßbach Zeitz, in Aue Teuchern; am 2. April: in Teuchern Hohenmölsen, in Aue Teuchern, in Uechteritz Naumburg; am 9. April: in Naumburg Uechteritz, in Zeitz Teuchern, in Hohenmölsen Zeitz; am 14. April (Karfreitag): in Hohenmölsen Zeitz, in Roßbach Naumburg, in Zeitz Aue; am 23. April: in Teuchern Hohenmölsen, in Aue Uechteritz; am 30. April: in Hohenmölsen Roßbach; am 7. Mai: in Zeitz Aue.

Die Kämpfe werden in den Orten ausgetragen, wo der Verein bei der Aufstellung zuerst genannt wird. Jeder Verein hat je eine Ringermannschaft zu fünf Mann in der 1., 2. und Jugendklasse, sowie eine erste Stemmermannschaft von fünf Mann zu stellen.

Jeder Kampfrichter hat in weißer Hose und Hemd zu erscheinen. Jeder Verein hat zu dem angesetzten Termin die Kämpfe auszutragen, andernfalls er der Punkte verlustig geht. Jede Kampfabsage hat mindestens acht Tage vorher dem veranstaltenden Verein schriftlich Mitteilung zu geben, andernfalls er die Unkosten für Plakate usw. tragen muß. Die Kämpfe sind so anzusetzen, daß die auswärtigen Vereine am selben Abend noch zurückfahren können. Den Beginn (Zeit) der Kämpfe hat jeder veranstaltende Verein seinem Gegner zu melden. Außer diesen hat jeder Teilnehmer sein Mitgliedsbuch ordnungsgemäß vorzuzeigen. Ohne dasselbe ist er nicht startberechtigt.

Jeder Verein hat sich streng an diese Bestimmungen zu halten, und vor allem in sauberer Kleidung die Kämpfe in ruhiger sachlicher Kampfesweise auszutragen.

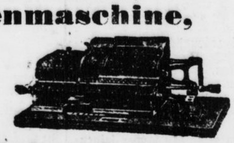
Mit freiem Sportgruß

Paul Lippert, Bezirksvorsitzender.

Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: F. O. H. Schulz, für Lokales, Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches: Paul Täumel, für Provinzielles und Allgemeines: Karl Garbe, für Anzeigen und Verlag: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle.

Radfahrer-Schläuche Mäntel billigst!
Spezialgeschäft H. Bleder, Gr. Steinstraße 35, gegenüber Kliniken

Arno Rochlitzer, Halle a. S., Steinweg 2. Bürobedarf.
— Fernsprecher 2125. — General-Vertreter der — Fernsprecher 2125 —
Regina-Schreibmaschine,
Triumphator-Rechenmaschine,
Derby-Vervielfältiger,
der neueste Vervielfältiger mit Wasserfarbe. Vollkommen automatisch
— 5 Jahre Garantie. —
Fixotyp-Typenflachdrucker.
Verlangen Sie bitte kostenlos und unverbindliche Vorführung.



Die Zauberpuppe
Verblüffende kinematographische Neuheit!!
Das Rätsel des Publikums!
Die Zauberpuppe als Turner, Schlangenmensch, Schnellmaler, Illusionist, Telepath, Rechenkünstler, Boxer, Verwandlungskünstler usw.
Die Zauberpuppe rechnet mit vom Publikum zugerufenen Zahlen, übersetzt jedes zugerufene Wort in jede gewünschte Sprache, zeichnet ihr eigenes Porträt, das in sensationeller Weise zum Leben erwacht.
Die Zauberpuppe bringt 30 Minuten Lachsalven und Beifallsstürme!
Ab Freitag im Walhalla-Lichtspiel-Theater!

Stadt-Theater
Mittwoch und Donnerstag
Nichtöffentl. Vorstellung.
Freitag
Wilhelm Tell.

Deutscher Arbeiter Abstinenten-Bund
Näch. Zusammenkunft Mittwoch, den 15. März, 7 Uhr, im „Volkspark"

Schul-

Tornister von 29.50 an.
Schul-Mappen in verschiedenen Preislagen.
Frühstücks-Taschen von 7.85 an.
Schiefertafeln und Schieferkasten billigst bei
SOBEL
Gr. Ulrichstraße 9, Steinweg 45, Kellstraße 1.
Ammendorf, Bahnhofstraße 3.

Operetten-Theater.
Auf vielseitiges Verlangen
Dienstag, den 14., Mittwoch, den 15. März
Die Förster-Christel.
Donnerstag, den 16. März, abends 7½ Uhr
Erstaufführung für Halle
Zug- und Kassenstück des Metropoltheaters Berlin
Prinzessin Olala.
Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.
Nur rechtzeitige Kartenbestellung sichert den gewünschten Platz!
Kasse ab ½10 (Tel. 6183) ununterbrochen geöffnet.

Wringmaschinen
repariert u. setzt neue Walzen ein
Otto Sparmann,
neben Walhalla. Fernspr 6504

Stellen finden
Viel Geld
verdient jeder, der die Vertretung meiner Aluminium-Waren u. Schilder übernimmt. Bitte Prospekt verlangen. Louis Pfeiffer, Marienberg (Westerw.)

Kaufgesuche
Gold-, Silber-, Platin-Bruch und Gegenstände
kauft zu höchsten Preisen
Otto Ursin, Uhrmacher, Sternstr. 6

Keine Prahlerei!
Gold-, Silber-, Platinbruch
alte Zahngebisse
Schmucks., Uhr., Kett
kauft zu wirklich reellem und höchstem Tageskurs
A. Abramowitz,
Schmeerstraße 14 I.
NB. Wer sich vor evtl. Schaden schützen will, verkaufe nichts ohne meine Taxe.

Piano-Lüders
kauft: Pianos, Violinen, Lauten, Mandolinen, Gitarren, Sprechapparate und Platten.
Mittelstraße 9–10.

Gold-, Silber-, Platinbruch
Zahle höchste Preise
alte Zahngebisse, Schmucksach., Uhren, Ketten
kauft Hauffe
Schulstraße 1, II
an der Gr. Ulrichstraße neb. d. C.-T.-Kino und Brüderstraße 9a direkt am Markt.

Vermischtes
Feinsten Kandis-Syrup
empfiehlt
F. Beerholdt
Inh.: Ernst Viehweg, Kolonialwaren,
Bechershof 8, am Markt.

Haltbare Damen-Taschen
in großer Auswahl und prima Leder preiswert und gut
— nur — bei
Hugo Krasemann
Lederwaren-Spezial-Geschäft
— nur — Schmeerstrasse 19.

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller Henkel & Cie. Düsseldorf

Bei Einkäufen bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen.

Alte unmoderne Herren-Hüte werden schnell, gut und preiswert umgearbeitet.
C. G. Nicolai,
Leipziger Straße 13. Fernruf 4612.

Gebhardt-Eiweiss-Kakao
ist von unschätzbarem Wert für alle diejenigen, deren Ernährungszustand der Nachhilfe bedarf. — Gutachten erster ärztlicher Autoritäten stehen unserem Fabrikate zur Seite.
Verlangen Sie ausdrücklich Gebhardt-Eiweiss-Kakao! Versandstelle Gr. Steinstr. 36 2. Gebäude. Fernruf: 4841.
In allen einschlägigen Geschäften zu haben.
Georg Gebhardt & Co., Halle-Saale.

Vereins-Anzeiger
zur Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen der Sozialdem. Partei,
Bezirksverband Halle. Harz 42/44. Fernruf 1611.
Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Bitterfeld. Mittwoch, den 15. März, abends ½8 Uhr im „Prinzen von Preußen" Frauenversammlung. Die Wohlfahrtspflegerin Frl. Reil spricht über „Wohlfahrtspflege". Das Erscheinen aller Genossinnen ist notwendig. Gäste sind herzlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Weißenfels. Mittwoch, den 15. März, abends 8 Uhr im „Volkshaus" Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.
Der Vorstand.

Weißenfels. Donnerstag, den 16. März abds. ½8 Uhr im „Volkshaus" Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über Wohnungs- u. Baunot. Referent Genosse Weder. 2. Wahl von Bezirksführern. 3. Maifeier. Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220314-16/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Große Funktionärsitzung der S. P. P. Heute abend, 8 Uhr, bei Wilsdorf, Karlsstr. 14. Vollzähliges Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen (Ortsgruppe Halle). Die ordentliche Mitgliederversammlung findet nicht am 15., sondern erst am Donnerstag den 16. März, abends 8 Uhr, im Versammlungslokal „Wilsdorfs-Gesellschaftshaus" statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Mitgliedsbuch als Ausweis ist mitzubringen.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 14. März 1922.

Die böse Stadt Halle.

Stadtverordnetensitzung am Montag, den 13. März 1922.

Die Stadtgemeinde Halle ist eine Einrichtung, deren Zweck darin besteht, ihre Bewohner ohne Unterlaß und mit größter Bösartigkeit auf jede Art und Weise zu quälen. In dieser Auffassung mußte der Besucher der gestrigen Stadtverordnetenversammlung kommen, wenn er Reden und Abstimmung der äußersten Linken und der äußersten Rechten hörte. Und weil die Stadt so ein böses Ding ist, wollten diese Parteien nur immer von der Stadt haben, ihr aber so wenig wie möglich Mittel zur Verfügung stellen. Die Stadt kann ihre Aufgaben kaum erfüllen und kann noch weniger daran gehen, neue zu übernehmen; das ist die Absicht der bürgerlichen Parteien, die mit dieser ihrer Haltung dafür Sorge tragen, daß die Stadt ja nicht dem Privatkapital Ausbeutungsmöglichkeiten entzieht, sondern ihm durch ihre Mittellosigkeit neue schafft.

Schon ehe in die Tagesordnung eingetreten werden konnte, beklagte sich Herr Oberamtmann Görg durch seinen Rechtsanwalt Hirsch über die böse Stadt, über Magistrat und Stadtverordneten. Die umfangreiche Schrift legte der Vorsteher auf den Tisch des Hauses zur Einsichtnahme nieder. Der deutschnationale Stv. Bundt fühlte sich aber berufen, die Opferwilligkeit Herrn Görgs und die Bösartigkeit der Stadt in der bekannten Gutsverpachtungsangelegenheit mündlich darzulegen. Das war selbst Herrn Rive zu viel und er steckte es Herrn Görg ziemlich deutlich. Man müßte danach fast annehmen, daß betreffender Herr als Pächter beim Magistrat in Zukunft keinen Stein im Brett mehr haben wird. Uebrigens machte bei dieser Sache der Vorsteher einen gar nicht so üblen Witz.

Beim 3. Punkt der Tagesordnung zeigte sich schon wieder die Bösartigkeit der Stadt. Der Magistrat schlägt vor,

die Wasserpreise von 1,50 auf 1,80 M. pro Kubikmeter zu erhöhen.

Die Unkosten seien durch die Erhöhung der Kohlen und der Löhne wieder erheblich gestiegen, so daß der Dezernent, Herr Veltbuysen, ein Defizit von 300 000 M. prophezeit. Nach langem hin und her, in welchem diesmal die Unabhängigen und Kommunisten die Stadt als die bösartige, rücksichtslose Einrichtung hinstellten, wird dieser Erhöhung doch zugestimmt. Selbst der 4. Punkt der Tagesordnung konnte dieses Gefühl bei den Kommunisten nicht wegtreiben. Die Kesselanlage des Wasserwerks soll mit einem Aufwand von 1 650 000 M. technisch verbessert werden, um Kohlen zu ersparen. Diese Kohlenersparnis soll innerhalb fünf Jahren die Kosten für die Einrichtung decken. Doch auch damit ist der Kommunist Jlgenstein nicht zufrieden, da diese Kohlenersparnis nicht zur Verbilligung des Wassers, sondern zunächst zur Bezahlung der Anlage verwendet wird. Ja, ja, die böse Stadt.

Bei der Erhöhung der Hundesteuer

trat in bezug auf finstere Absichten Magistrat und Haushaltsausschuß in ideale Konturen. Der letztere hatte die Magistratsvorlage bekanntlich noch um einige hundert Mark pro Hund gesteigert, während Herr Busse (Dn.) Herabsetzung beantragte und Herr Herold von derselben Fraktion ihm beisprang, da die Hunde die Damen abends beschützen müßten. Früher war ja das Aufgabe der Herren. Aber das ist jetzt vorbei. Die Unsicherheit in den Straßen mache Hunde zur Notwendigkeit. Herr Brömme (K. P. D.) trat ebenfalls für den deutschnationalen Antrag ein mit der Begründung des Hundes als Mastvieh des armen Mannes, das für die Sonntage einen leckeren, appetitlichen Braten liefere. Da ein Hund aber nur in den seltensten Fällen Gras und gesäuerte Rübenblätter verzehrt, namentlich die Hunde von Begüterten als scharfer Konsument von Pferdefleisch auftreten und dieses verteuern, so konnten die meisten Stadtverordneten der Beweisführung der Kommunisten nicht folgen. Die Steuersätze wurden schließlich nach den Vorschlägen des Magistrats, nicht des Haushaltsausschusses, angenommen.

Infolge unseres chronischen Raummangels behandeln wir nur noch die wichtigsten Sachen ganz kurz. Die Entschädigung der Beisitzer vom Mietseinigungsamt wird ab 1. März auf 7 M. pro Stunde, Mindestsatz für eine Sitzung 14 M., Höchstsatz 21 M., festgesetzt.

Der Schließung des Bades Wittekind wird nach längerer Debatte nach der Vorlage zugestimmt, nachdem Herr Hoe (Dem.) dem Bade einen Nekrolog halten wollte, in wirksamerer Weise aber unter fast andächtiger Zuhörerschaft des gesamten Stadtverordnetenkollegiums vom Oberbürgermeister Rive übertroffen wurde.

Eine Eingabe des Zentralverbandes der Witwen und Waisen

hatte folgenden Wortlaut: „Der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands, Ortsgruppe Halle und Saalkreis, beantragt beim Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung, bei der Auszahlung der Notstandsgelder für Invaliden und Altersrentner von einem Abzug der seit Oktober bis zur Auszahlung der neuen Unterstützungssätze geleisteten Armengelder abzusehen. Auf Grund des § 11 der Ausführungsbestimmung zum Gesetz über Notstandsmaßnahmen für Invaliden und Altersrentner können die Städte die seit Oktober geleisteten Armenrenten abziehen, müssen es aber nicht. Wir erwarten von dem sozialen Verständnis der Stadt, daß sie von einem Einbehalten der ausgezahlten Gelder absieht."

Die Kommunisten beantragen, diese Eingabe als Dringlichkeitsantrag zu behandeln. Da der Magistrat der Dringlichkeit widerspricht, kann dem nicht stattgegeben werden, was eine ziemliche Unruhe unter den auf der Galerie anwesenden Rentenbeziehern hervorruft. Wir meinen, bei entgegenkommendem guten Willen und wenn die Kommunisten mit dem Magistrat vor der Sitzung Rücksprache genommen hätten, dann hätte sich im Interesse der Sozialrentner eine andere Lösung der Sache finden lassen.

Darauf folgte die nichtöffentliche Sitzung, in die auch der 21. Punkt der Tagesordnung, die Gehaltsregulierung des Diplom-Ingenieurs Schibalski, verlegt wurde.

Der Schiedsspruch im Lohnkampf der Angestellten.

Kein Streik.

In der Angestelltenbewegung waren vom hiesigen staatlichen Schlichtungsausschuß erneute Verhandlungen eingeleitet worden, die unter Vorsitz des Herrn Prof. Dr. Joerges am Sonnabend, den 11. März 1922 nach lang anhaltender Sitzungsdauer bis in die Morgenstunden des Sonntags ihren Abschluß fanden mit folgender Vereinbarung:

1. Die Dezembergehälter werden in nachstehender Weise erhöht:
   a) die Gruppen A, B und C I in den untersten Altersstufen um 150 Mk., in den höchsten Altersstufen um 100 Mk., die dazwischen liegenden werden gleichmäßig durchgestaffelt. Das nähere vereinbaren die Geschäftsstellen.
   b) Die Gruppen B II, C II werden in allen Altersstufen um je 100 Mk. erhöht.
   c) Alle übrigen Gruppen werden in allen Altersstufen um je 75 Mark erhöht.
   d) Die Werkmeister werden in ihren Gehältern für I, II, III, IV um 150, 100, 75, 75 Mark erhöht.
2. Auf die so erhöhten Dezembergehälter kommen für Januar 10 Prozent, für Februar 30 Proz. und ab 1. März 50 Prozent.
3. Dieselben prozentualen Erhöhungen wie zu 2. kommen auf die sozialen Zulagen.
4. Die gleichen prozentualen Zulagen kommen auf die Aufwandsentschädigungen der Lehrlinge.
5. Die Arbeitgeber erkennen an, daß weibliche Angestellte bei gleicher Leistung, wie ihre männlichen Mitarbeiter bezahlt werden sollen. Den Nachweis der gleichen Leistung hat die weibliche Angestellte zu erbringen. Es findet kein Abzug bei den im Tarif ausdrücklich benannten weiblichen Berufen, wie z. B. Wäschedirektricen u. dergl. statt.
6. Die Parteien behalten sich Widerruf bis Dienstag, den 14. März, abends 6 Uhr, vor.

Die Parteien verzichten auf Veröffentlichung der Vereinbarung.

Zu gestern abend hatten die Angestelltenverbände eine Versammlung nach der Saalschloßbrauerei einberufen, die zum Schiedsspruch Stellung nehmen sollte. Der Saal war natürlich schon vor 8 Uhr überfüllt. **Deininger** (S. d. A.) berichtete über die Verhandlungen. Bekanntlich hatten die Angestellten das erste Angebot der Arbeitgeber abgelehnt. Der oben wiedergegebene Schiedsspruch wurde aber am gestrigen Tage, nach den Ausführungen DeININGERS, durch Abstimmung in den Geschäften mit 58 Proz. der abgegebenen Stimmen gegen 42 Proz. angenommen. Der Streik war somit abgelehnt worden. Bei Bekanntgabe dieses Resultats erfaßte die Versammelten eine ziemliche Erregung. In der Diskussion wies Jacobus darauf hin, daß die Angestellten nicht ohne Schuld sind, wenn die Arbeitgeber immer noch den Angestellten so wenig Entgegenkommen zeigen. Bei den jetzt stattfindenden Betriebsratswahlen müßten Kollegen und Kolleginnen gewählt werden, die auch wirklich die Interessen der Angestellten vertreten. Wiegand und Blumenschein wiesen einige unzufriedene Zwischenrufer darauf hin, daß nicht die Führer, sondern die Mitglieder selbst über die Führung des Kampfes entscheiden. Das sei auch in diesem Kampfe geschehen. Eine Anfrage, was nun folgen würde, wenn die Arbeitgeber den Schiedsspruch ablehnen, wurde vom Versammlungsleiter Hartz dahin beantwortet, daß dies den Streik bedeuten würde. Es würde dann sofort die Parole herausgegeben werden, zu welcher Stunde die Angestellten die Arbeit einstellen sollten. Diese Erklärung wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen.

Zum Streik im Gastwirtsgewerbe.

Die Arbeitgeber verlangen die Unterzeichnung eines Reverses.

Die Arbeitgeber im Gastwirtsgewerbe haben, da der bisher geltende Tarif am 1. April abläuft, ein Entlohnungssystem ausgearbeitet, das darauf zugeschnitten ist, die Arbeitnehmer an möglichst hohe Preise zu interessieren. Wir bringen nachfolgend den Entwurf der vom 1. April beabsichtigten Lohntabelle:

1. Abteilung.

Gewerbliches Hotelpersonal.

Einschließlich aller auf dem Zimmmer eingenommenen Speisen und Getränke, wozu auch das auf dem Zimmer, nicht aber das im Frühstückszimmer, Speisesaal oder Hotelrestaurant eingenommene Frühstück gehört, beträgt der Aufschlag 25 Prozent auf den Gesamtumsatz ausschließlich der Heizung. An diesem Aufschlag beteiligen sich die nachstehend unter 1 bis 8 aufgeführten Personen. Die Verteilung der Umsatzanteile wird durch Vereinbarung der Arbeitgeber und Betriebsvertretung geregelt.

Es wird ein monatlicher Grundgehalt gewährleistet für: 1. Oberkellner und Tagesportier von 1950 M., 2. Zimmerkellner, sowie Saalkellner über 20 Jahre 1625 M., 3. Saalkellner unter 20 Jahre 1220 M., 4. Nachtportier 1385 M., 5. Hoteldiener 1385 Mark, 6. Zimmermädchen 340 M., 7. Fahrstuhlführer 165 M., 8. Pagen 165 M. Zu 5. Die Hoteldiener haben vorkommende Hausarbeiten mitzuverrichten.

2. Abteilung.

Bedienungspersonal in Hotelrestaurants, Weinrestaurants, Kaffeehäusern, Dielen, Bars und Likörstuben.

Auf alle verabreichten Speisen und Getränke einschließlich Wein und Sekt (ausschließlich der hierauf entfallenden Weinsteuer), auf Zigarren, Zigaretten, Ansichtspostkarten usw. wird ein Aufschlag von 10 Prozent erhoben.

Es wird ein monatliches Grundgehalt gewährleistet für: 1. Kellner 1800 M., 2. Aushilfskellner pro Arbeitstag $^1/_{26}$ des Grundlohnes für Kellner 70 M.

Die garantierten Löhne sind so niedrig gehalten, daß, wie schon gesagt, der Arbeitnehmer an einer möglichst hohen Festsetzung der Preise durch den Wirt interessiert wird. Das ist die übelste Seite des Entwurfes, demgegenüber ist die Forderung der Arbeitnehmer auf Zahlung eines festen, auskömmlichen Lohnes in jeder Beziehung die einwandfreieste.

Doch die Arbeitgeber bauen vor. Sie verpflichten die Mitglieder ihres Verbandes die Arbeitnehmer vor ein Ultimatum zu stellen. Dieses wird in folgender Form vorgeschrieben:

An die Arbeitnehmer des Betriebes . . . . .

Der bestehende Tarifvertrag läuft am 1. April 1922 ab. Falls eine Einigung zwischen den Tarifparteien nicht erfolgt, ist der vorstehend bezeichnete Betrieb nur in der Lage, die Arbeitnehmer zu den untenstehend angeführten Bedingungen, Garantiesätzen und Löhnen und auf Grund des 10prozentigen Aufschlagsystems für das Bedienungspersonal zu beschäftigen.

Wir/Ich ersuche daher, den anliegenden Revers zu unterschreiben und bis zum 12. März 1922 abends an uns/mich zurückzugeben. Wer von den Arbeitnehmern sich nicht in der Lage sieht, den Schein zu unterschreiben, hat diese Zuschrift als Kündigung mit Ablauf des 31. März 1922 anzusehen.

Arbeitnehmer und Angestellte mit längerer Kündigungsfrist haben sich auf den nächstzulässigen Kündigungstermin als gekündigt zu betrachten.

(Folgt Unterschrift des Arbeitgebers.)

Danach muß mit einer Aussperrung zum 1. April gerechnet werden. Die Angestellten im Gastwirtsgewerbe werden auch diesem Angriff der Unternehmer zu begegnen wissen.

An die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes! Wie wir erfahren, soll heute Weyer-Berlin in einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung über das Thema: „Wie stellen sich die Metallarbeiter zur gegenwärtigen Lage" sprechen. Kollegen, die furchtbare Teuerung wird uns zu immer neuen Lohnkämpfen mit den Unternehmern zwingen. Die Unternehmer sind einheitlich und restlos organisiert. Die Metallarbeiter müssen dasselbe tun, um durch die gewerkschaftliche Einheitsfront den Kapitalisten menschenwürdige Löhne abzuzwingen. Kollegen weist alle Versuche, den Einheitswillen der Arbeiter in den Betrieben zu zerstören, energisch zurück! Meidet die Versammlung von Weyer! Werdt für den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Die Ortsverwaltung.

Tödlicher Sturz. Am 12. 3. 1922 gegen 7 Uhr abends stürzte sich eine ledige weibliche Person aus Weißenfels, vermutlich in selbstmörderischer Absicht, aus dem 2. Stock eines Flurfensters des Hauses Merseburger Straße 23 auf den Hof herab und erlitt schwere Verletzungen. In der Klinik, wohin sie gebracht worden war, ist sie in der Nacht verstorben.

Kellerbrand. Gestern nachmittag wurde die Feuerwehr nach Böllberger Weg 21 zum Löschen eines Kellerbrandes gerufen. Nach $^1/_2$stündiger Tätigkeit konnte sie wieder abrücken.

Stadttheater. Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend finden nichtöffentliche Vorstellungen statt. Freitag „Wilhelm Tell", Sonntag nachmittag Volksvorstellung bei kleinen Preisen „Die spanische Fliege", Sonntag abend „Der Schichtalstag".

Operettentheater. Uns wird geschrieben: Jarnos reizende Operette „Die Försterchristel" mußte auf vielseitiges Verlangen abermals für drei Tage auf den Spielplan gesetzt werden und beweist neuerdings seine altbewährte Zugkraft. Am Donnerstag, den 16. März ist die Erstaufführung der Schlageroperette „Prinzessin Olala" von Rudolf Bernauer und Rudolf Schanzer, wozu Jean Gilbert eine prickelnde, reizende Musik geschrieben hat. Durch ausverkaufte Häuser wurde „Prinzessin Olala" das Zug- und Kassenstück des Metropoltheaters, und verbürgt die sorgfältigste Einstudierung, die richtige Besetzung, sowie die ganz neue, glänzende Ausstattung, daß diese Operette auch hier in Halle der Schlager der Saison werden wird. Der Vorverkauf ist bereits eröffnet, und sichert nur rechtzeitige Kartenbestellung den gewünschten Platz.

Eingesandt.

„An die Hallische Bürgerschaft!"

Unter dieser Ueberschrift versucht der Musikmeister Seifert in Nr. 104 der Hallischen Zeitung den Musiker-Opfertag des Deutschen Musiker-Verbandes in Mißkredit zu bringen. In wenig sachlicher Weise werden die veröffentlichten Ausbildungsmißstände im Musikerberuf auf das politische Gleis geschoben, und, da man die Mißstände eben nicht wegbringen kann, die Veranstaltung als politische gestempelt. Jeder, der mit den Musikerverhältnissen auch nur einigermaßen vertraut ist, wird die in der erwähnten Broschüre geschilderten Zustände als zutreffend erklären, nur Herr Musikmeister Seifert, der selbst ein sog. Musikerausbildungsinstitut leitet, bestreitet diese.

Daß aus den Lehrlingskapellen auch gute und tüchtige Musiker hervorgegangen sind, und daß einige Lehrherren die besten Absichten haben, wird nicht bestritten, — nur waren diese Musiker-Talente und musikalisch begabt, die Lehre konnte nicht viel verderben, aber im allgemeinen wird in den sog. Stadtpfeifereien jeder sich meldende junge Mann angenommen. Es gab Lehren mit 30 bis 40 Lehrlingen ohne auch nur einen Gehilfen. An einen planmäßigen Unterricht war hier natürlich nicht zu denken. Es ist unmöglich, jeden Schüler auf seinem Instrument unterrichten zu können. Der neu aufgenommene Lehrling wurde nicht nach Talent und Neigung, sondern dem Lehrherrn an dem für ihn benötigten Instrument beschäftigt.

Man muß bedenken, daß der „freie" Musikerberuf ohne jeden behördlichen Schutz war, weder durch Innung noch vielerorts durch die Gewerbeordnung, das sog. „höhere Kunstinteresse" war ausschlaggebend. Dabei war die ganze „Kunst" im Betriebe nur die „Kunst der Stellenbesetzung", um alle umliegenden Tanzsäle besetzen zu können.

In jedem Beruf ist es den Jugendlichen unter 16 Jahren verboten, den Tanzsaal zu betreten; der jugendliche Musiker darf oft bis 5 Uhr in der Frühe zum Tanze spielen, dann kommt der Heimweg. Ueber Vormittag wird geschlafen, um den ganzen Abend wieder einen Maskenball zu spielen. Diese Institute mit ihrem Betrieb sind keine „Lehr"-, sondern „Zehr"-Stellen und zwar für den Inhaber, und Inhaber eines solchen Instituts konnte jeder werden ohne Meisterprüfung. Die Anekdoten über solche Institutsinhaber bezüglich ihrer „musikalischen" Kenntnisse lassen sich gar nicht aufzählen. Brauchte der „Lehrherr" nicht geprüft zu werden, so auch der neugebackene, „ausgelernte" Gehilfe nicht; er wanderte also los, merkte aber bald, wie es mit ihm stand — entweder in einen anderen Beruf, oder von vorn anfangen mit neuen bezahlten Privatstunden.

Diese schlimmsten Zustände beseitigt zu haben, hat der Musikerverband hervorragend mitgewirkt. Auf seine Anregungen hin wurden die Musiklehrer der Gewerbeordnung unterworfen, wurden Musiker-Fachklassen in den Fortbildungsschulen eingerichtet, mußten sich die „Lehrherren" einer musikalischen Prüfung unterziehen, ebenfalls ihre Gehilfen, soweit sie Unterricht erteilen.

Daß diese geschilderten Zustände vorhanden waren und teilweise noch sind, wissen alle Musiker, und wir wollen diese Zustände bessern. Die bisherige Methode in der Ausbildung unseres Nachwuchses müssen wir ablehnen und zu ändern versuchen. Deshalb greift der Musikerverband, da der Staat nicht helfen kann, zur Selbsthilfe und veranstaltet Konzerte, deren Ertrag der Unterstützung von Orchesterschulen an bereits bestehenden Musikhochschulen dienen soll. In diese Orchesterschulen werden natürlich auch Söhne unbemittelter Eltern, soweit sie die Aufnahmeprüfungen (Gehör, Kieferbildung für Bläser) bestehen, aufgenommen und unterstützt. Sie werden so als Jugendliche dem gewerblichen Betrieb (Tanzsaal, Maskenbälle) und seinen verderblichen Folgen entzogen. Ich glaube bestimmt, bei Ihrem Talent werden Sie nach dieser Ausbildung nicht nur 1. und Solokla rinettist in Beuthen geworden, nicht nur Kgl. bayr. Musikmeister, sondern Professor der Akademie.

Ich bin der Meinung, Sie und der von Ihnen angerufene Musikdirektorenverband müßten, um die Schädlinge unmöglich zu machen, an einer Aenderung mitarbeiten. nein — Sie rufen die Oeffentlichkeit auf und schieben die Politik in den Vordergrund, entrüsten sich im ersten Teil Ihres Artikels über die Musiker-Genossen der „glatteichen Republik" und sprechen am Ende mit einem gewissen Stolz von „Ihrem staatlich genehmigten Institut" (also von der verpönten Republik genehmigt) „und den privaten Musikschulen, die mit großem Erfolg (geölichen?) arbeiten und ständig behördlich beaufsichtigt werden". Herr Musikmeister Seifert, darf ich Sie an Ihre „Entrüstung" erinnern, wenn ein staatlicher Aufsichtsbeamter in Ihrem Institut erschien und revidierte; darf ich an Ihre „Entrüstung" erinnern beim Verlust der Einnahmen aus dem „Volkspark", von den Gewerkschaften, die Sie heute mit „Wolf" bezeichnen, — man merkt die Absicht! . . .

Die Hallische Bürgerschaft hat keinen Grund sich wegen der Verwendung der Gelder von „Interessenten" abschrecken zu lassen.

Herr Musikmeister hat durch seine Veröffentlichung hoffentlich unseren Interessen mehr genützt wie seinen. Offensichtliche Schäden lassen sich nicht leugnen. „Wenn du geschwiegen hättest, wärest du weiser gewesen".

Otto Manig, Deutscher Musiker-Verband.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220314-16/fragment/page=0005

(Seite A)

Geschäftliche Rundschau mit Dauer Fahrplan. (Musterschutz.)

Nachstehende Dauer-Inserenten legen Wert auf Kundschaft aus dem werktätigen Volke.

Halle
Restaurants, Vergnügungen, Kaffees

B. B.B.
Beth's Bunte Bühne
Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.
Direktion Fr. Wessling. Fernr. 1066.
Vornehme Künstlerspiele.
Auftret. von nur erstkl. Kunstkräften.

Pfeiffer & Haase, Ludwig-Wuchererstr. 76, Ecke Lessingstr.
Feinkost-Weinstuben, Gr. Ulrichstraße 39.

3 Könige, Konzert- und Künstlerhaus Auftreten erst. Kräfte.
Kleine Klausstraße 7. Vorzügliches Speiselokal.

Kramers Konzert- und Logierhaus,
Delitzscher Straße 2 Telephon 6190.
Täglich Künstlerkonzert.

Zimmermanns Bier- und Weinstube
Spezialität: Schoppenweine
Kl. Steinstr. 2. Telefon 3214.

Etabl. Leuchtturm
beliebter Ausflugsort
Mittw. u. Sonntags Ball.

A. Brinkmann, Schank- u. Speisewirtsch. Gutbürg. Mittagst. z. solid. Preisen. Jed Freitag Schlachtefest Dessauerstr. E. Hardenb St.

Hotel Weltkugel am Bahnh. Vorzügl. Küche, gt. Bett. Schultheiß-Ausschank, mäßige Preise

Hotel Stadt Dresden, Martinstr. 10 Br. m. Lok. bem. d. Erinn. Kl. Saal 80 bis 100 Pers. f. Fernr. 3873.

Konditorei u. Kaffeehaus August Lauffer,
Kl. Märkerstr. 10 eng. Familienaufenthalt, täglich bis abends geöffnet. Spezialität: Kinderzwieback.

Konditorei und Café „Friedrich", Fernspr. 2058, Friedrichstr. 7.
Angenehmer Aufenthalt mit vornehm eingerichteter Likör- und Weindiele.
Erstklassiges elektrisches Künstler-Pianino.

Kolonialwaren Lebensmittel

Albert Grimm Nachf.,
Steg 15. Fernruf 2238.
Kaffeerösterei Kolonialwaren, Zuckerhandlung.

H. W. Rutschke,
Landsberger Str. 7. Telef. 6510.
Likörfabrik
billigste Bezugsquelle f. Grossisten u. Restaurateure!

Hermann Hartick, Leipziger Straße 38.
Kaffee-Rösterei. Kolonialwaren.

Ernst Ochse, Leipziger Str. 95 Telephon 6371
Kaffee-Rösterei „Merkur".
Kolonialwaren. Konserven.
Spirituosen. Wascbartikel.

Edmund Sorg,
Lebensmittel zu den billigsten Tagespreisen
Halle, Hermannstr. 7.

Gebr. Krüger,
Geiststr. 32
Kolonialw., Delikatessen Weine und Spirituosen

Frau Schuster-Boye, Kolonialw., Butt., Thür. Wurst, Kartoffeln Holz, Kohlen usw Martinstr 17

Oskar Haeder,
Kolonialwaren-Handlg. Oleariusstr. 11

Willy Pfanne, Rittersitr. 9,
ff. Kolonialwaren, Hülsenfrüchte, echte Hausschlachterwurst zu den billigsten Preisen.

Paul Scuiiak Nachf., Geiststr. 13, Inh. Georg Weiß
Rind- u. Schweineschlächterei, Wurstfabrik.
Spezalität: Hallesche Rot- und Leberwurst.

Ernst Kalke,
Gr. Ulrichstr. 62,
feine Fleisch- und Wurstwaren.

Paul Schulze,
Fleischermeister,
Teleph. 3200. Hallmarkt-Fleischzentrale.
Ia Fleisch- u. Wurstwaren.

Gebrüder Reiche,
Fleischermeister,
Augustastr. 20. Tel. 2400.
Ia Fleisch- u. Wurstwaren

Ernst Hoinkis,
Fernr. 3146.
Rind- und Schweineschlächterei.

Max Reiche,
Fleischermeister,
Mühlgasse 7.
Ia Fleisch- u. Wurstwaren

Wilhelm Müller,
Ludwig-Wucherer-Str. 23.
Teleph. 1507. Rind- und Schweineschlächterei.

E. Kirchner, Merseburger Str. 24, liefert Wurstwaren f. Wiederverkauf.

Paul Thürmer,
Alter Markt 25,
Ia Fleisch- u. Wurstwaren.

Gebr. Schubert,
Brotfabrik und Roggenmühle,
Merseburger Str. 102. Tel. 6675.

Hallesche Molkerei,
Glauchaerstraße 15 16.

Roßschlächtereien

Willi Große, Gr. Steinstraße 67,
Roßschlächterei und Wurstwaren.

Teleph. 1568. **Roßschlächterei** Teleph. 1568.
Glauchaer Straße 75. Halle a. S., Oleariusstraße 3.
Empfiehlt täglich prima Fleisch- und Wurstwaren, kaufen ständig Schlachtpferde zu den höchsten Tagespreisen Bönlert & Comp.
Bei Notschlachtungen prompte Bedienung.

Johannes Thurm,
Aelteste Roß-Groß-Schlächterei der Provinz Sachsen.
Gegründet 1863. Fernsprecher 6518.
Empfiehlt immer nur Ia Fleisch- u. Wurstwaren in schmackhafter und saubrster Zubereitung. Schlachtpferde kaufe jederzeit zu höchsten Preisen. — Notschlachtungen werden schnellstens abgeholt durch Auto.

Hermann Quandt,
Groß-Roßschlächterei,
Langestraße 2. Telefon 1156
empfiehlt immer nur Ia Fleisch- u. Wurstwaren. Schlachtpferde kauft zu höchsten Preisen. Bei Notschlachten schnellste Abholung durch Auto.

Groß-Roßschlächterei
Max Zaubitzer,
Steinweg 52. Tel. 3515.
Fleisch- und Wurstwaren in bekannter Güte. Kaufe ständig Schlachtpferde zu höchsten Preisen. Bei Notschlachtungen schnellste Bedienung.

Endepols & Dunker verkaufen billigst selbstverfertigte Kleidung, d. h. direkt vom Hersteller an den Verbraucher.

Leonhardt & Schlesinger, Eisenwaren, Haus- u. Küchen-Geräte, Große Ulrichstraße 13/15.

Kaffee Roland, Marktplatz. — Täglich Künstler-Konzert. — Getränke aller Art.

Damentaschen, Zigarren-Etuis, Brieftaschen, Geldscheintaschen, Schulartikel, Reisekoffer, Aktenmappen etc. in Ia Qual. äusserst preisw. bei
Hugo Krasemann,
Nur Schmeerstraße 19.

Ohne Gewähr. **Fahrplan.** Ohne Gewähr.

Abfahrt der Züge **Naumburg**—Weissenfels—Corbetha—**Leipzig** u. zurück.

Naumburg	ab	1148		518		725	910	1202	1226	327	410			E	922	W
Weissenfels	„	1222	W	532		750	937	1243	1252	346	428	W			931	
Corbetha	„	1212	444		613	805	954		107			448	606	744	952	1022
Leipzig	an	1252	622	618	738	913	1104	118	215	432	514	557	723	832	1121	1132

b. Markranstädt

			W									W						
Leipzig	ab	1103	422		622	700	710	1027	110	126	419	429		552	722			1025	1044
Corbetha	„		512	602	717		823			245	500	539	612	713	821	842	931		1144
Weissenfels	„	1200	an	625	730	744	8[illegible]	1117	159	303	an	an	628	728	an	85[illegible]	1022	1122	an
Naumburg	an	1216		648	750	8[illegible]0	857	1134	215	[illegible]24	E		642	748			1037	1144	

Abfahrt der Züge **Halle**-Mücheln, Rössen, Querfurt, Weissenfels, Zeitz u. zurück.

603	W	731	75[illegible]	907	645	500	346	332	722	1141	an Halle ab	435		607	657	122[illegible]	1257	439	506	5[illegible]6	828	921
542	713	710	731	846	1019	434	321	311	652	1121	Merseburg	454		63[illegible]	738	1254	116	505	529	549	844	923
	6[illegible]0				19-7		230		612	1032	Mücheln	541			943	2[illegible]0		549			942	
	522				914	W	136		544	922	„	63[illegible]			1053		723	607			1[illegible]22	
	442				800		1245		444	822	Querfurt	728		72[illegible]				722			1122	
						425			W		Rössen			W	730			W				
5[illegible]1		638	658	800							Weißenfels		422				151		W			1022
		609	716			2[illegible]0	121[illegible]	722	842	1122			528		702	925	203	500	612	9[illegible]		
		542	641			1[illegible]0	113[illegible]	612	722	1032	ab Zeitz an		6[illegible]5		8[illegible]4	10[illegible]0	2[illegible]9	557	722	1024		

Herren-Artikel stets gut u. preiswert bei **W. Brackebusch**

Friedmann & Co., Bankh., Poststr. 2. An- u. Verkauf v. Wertpap. Kreditgewähr Verm. v. Stahlkam.-Fäch.

Allgemeines

Welt-Detektiv-Institut „Argus", Rannischestr. 2, Eg Sternst

Eisen und Metall. Engros. Endetail. L. Fellscher, Taubenstr. 19. Tel. 6176

Otto Bucher, Forsterstraße 24. Ecke Krukenbergstr Tel. 4690. Kunstl. Glieder u Bandag.

Hallesche Automobil Centrale
Grünstraße 31.

Automobillehranstalt Hugo Maye,
Halle a. S., Merseburgerstraße 95a.

Gummi- Sohlen, Absätze. Schlauche, Mäntel
H. Bieder,
Gr. Steinstraße 35.

Photograph
Franz Brodik
Burgstr. 18. Fernruf 4334
preiswerte Photogr. und Vergrösserungen.

Richard Schröder
Moderne Photographieen
Mässige Preise. Steinweg 12.

J. Zoebisch, Gr. Steinstr. 82.
Geschäftsbücher Schreibpapier Goldfüllfederhalter

Friedrich Müller, Leipziger Straße 29.
Papierhandlung,
Fachgeschäft für sämtl. Bürobedarf. Fernspr. 5616.

Friedrich & Bauer, Bernburger Str. 23.
Papierwarenfabrik — Papiergroßhandlung.
Spezialität:
Packungen für die Lebensmittelbranche.

Mitteldeutsches Papierverarbeitungswerk
G. m. b. H. & Co., Halle a S. Kommanditges
Dessauer Straße 52a Fernsprecher 4004.
Spezialfabrik nichtrollender gummierter Papiere.

Puppen-Klinik, Spielw.-Handlg. Reiche Ausw. in Zöpfen. Anfertig. sämtl. Haararb., Haarschmuck, Repar. Heinrich Krolow Wwe., Geiststraße 16.

Herm. Bischoff,
Gr. Klausstr. 4. Tapeten. Linoleum, Wachstuche.

Hall Saalwachs-Gießerei Paul Friedrich, Spezialhaus f. Fußbodenpflege, Bertramstr. 25 Fernr. 2337 Spezialität: Saalwachs, Bohnerwachs, Fussbodenöle.

Ernst Lehmann Nachf., Lessingstraße 38. Papierhandlung aller Art Schulartikel.

F. Gustav Zahn, Königstraße 59. Telephon 5633.
Bergwerks- und Hüttenprodukte.
Spezial.: Messing- und Kupfer-Bleche, Stangen, Röhren, Drähte.

Ad. Wünsch, Seilerwaren u Polstermittel
L.-Wucherer-Str. 1a. Fernruf 5572.

Hensel & Kaps, Königstr. 62. Telephon 5873.
Sämtliche Seilerwaren, Hanf-Seile, Drahtseile.

Max Albert, Prinzenstr. 18. Telephon 6179.
Säcke-, Planen-, Deckenfabrik.
Bindegarne. Engros-Lager in Scheuertüchern.

Tabakwaren.

Bornschein & Stirtzel,
Tabakwaren-Grosshandlung
Leipziger Str. 36, Eingang Martinstraße.
Telephon 1641.
Günstigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in Tabakwaren aller Art.

Paul Richter, Steinweg 53. Telephon 2079.
Kolonialwaren — Spirituosen — Wein — Tabak und Zigarren.

Johannes Rothe Tel. 1014 Zigarren, Tabak, Zigaretten. Reilstr. 14, Ecke Adolfstr Wuchererstr. 69, Ecke Viktor-Scheffelstr.

Zigarren, Zigaretten, Tabake, engros endetail.
Otto Mertens, Telephon 5150, Gr. Steinstraße 32, neben der Viktoria-Apotheke.

Central-Ankaufstelle für landwirtsch. Maschinen und Geräte,
Merseburger Straße 17/19
Lager, Reparaturwerkstatt, Ersatzteile.

Berbel-Maschinenbau, G. m. b. H., Turmstr. 117.
Abt. I: Maschinen für die Kunststein-Industrie.
Abt. II: Werkzeugmaschinen.

Hallische Elektromotoren- und Leitungs-Vertriebsgesellschaft.
John Rossbach & Schmidt.

Nessweber & Weber, Technisches Büro für Elektro-Technik
Fernspr. 3921. Halle a. S. Wörmlitzer Str. 103.
Zweigbüro Memleben a. U.

Störzner & Kittler Nachf. Elektr. Licht- u. Kraftanl Hauptvertretung f. Wiederherstellung ausgebrannter Glühlampen Rathausstraße 13a.

Benzin- u. Oellager
Erhard Eckert,
Königstraße 71/72.
Telephon 2771.

J. Jaenicke, Kl. Brauhausstr. 7. Fernruf 3965.
Kohlen, Holz, Koks, Grude, Kartoffeln.

Rudolf Weiske, Fürstental 6. Kohlen-Grosshandlung.
Bahnlager: Alter Thüringer Bahnhof. Fernspr. 6445

Otto Just, Kohlen und Holz. Ludwig-Wucherer-Str. 45
und Rosenstraße 13. Fernruf 5649

G. Pauly, Fernruf 6650. Kohlengrosshandlung, Thüringer Str. 16.
M W.-Briketts. Grudekoks.

Brennstoff-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H.
Fernruf 4625. **Kohlen-Grosshandel,** Königstr. 71.

Paul Theuring, Rohproduktenhandlung, Tel. 4363 Triftstr. 24. Tel. 5659
Grosser Umsatz. Höchste Preise

Max Welz, Landwehrstr. 7, Tel. 6695. Billigste Bezugquelle f. alle Gas- u. elektr. Artikel. Neuheit Gassparlicht pr. Std. 2 Pfg Gasverbr., ohne Strumpf, ohne Zylinder, für Treppenhäuser und kleine Räume

Wasch- und Plättanstalt, R. Schneider, Burgstr 11, empfiehlt sich

Berliner Wasch- u. Plätt-Anstalt, Schillerstraße 14, übern jed. Post. Wäsche! Für saub. Lieferung übernehme ich volle Garantie. Lore Langholz.

Hugo Leitloff, Jakobstr. 58. Tel. 4339.
Hölzer u. Fourniere zu billigen Tagespreisen.

F. Kleinau,
Bernburger Straße 10.
Fahrräder- u. Reparaturwerkstätte.

Korn & Zöllner,
Brüderstraße 13.
Tischlerei-Bedarfsartikel. Werkzg., Leisten, Eisenw.

Robert Koch, Leipziger Straße 44. Uhren, Gold- und Silberwaren. Trauringe. Reparaturen schnellstens.

Hellmuth Petri, Dentist. Praxis für erstklassigen Zahners. Friedrichstr 11 I.

Heinrich Menzel, Barfüßerstr. 4. Tel. 2274. Brillen, Thermometer, photographische Artikel. Reparaturwerkstätte.

Naturheilkundige Frau Luise Albrecht, Marienstraße 25. Speziell Frauenbehandlung. Sprechzeit von 9—12 u. 2—3½. Sonnabend u Mittwoch nachmittag keine Sprechstunde

Beerdigungs-Anstalt, Willi Lutze, Krukenbergstraße 7, Tel. 5920. Gegenüber den Kliniken. Eigenes Geschirr.

Adolf Koch, Uhrmacher, Poststr. 1.
Best eingerichtete Reparatur-Werkstatt.

Mode-Bekleidung, Putz, Weiß- und Wollwaren

J. Rautenberg,
Modernes Haus in Herren-Ausstattungen,
Halle, Leipziger Straße 87.

Reserviert!

Alwin Haagers,
Feine Herrenmoden,
Zwingerstr. 29.

Arbeitshosen u. Berufskleidung kaufen Sie preiswert im Fabriklager
Joh. Heun, Raffineriestr. 42.

Paul Johne, Feine Damen- u. Herrenmoden nach Maß Zwingerstr. 22, Tel. 2630.

Tuchhandlung u. feine Herrenschneiderei Franz Wattawa.

Achtung! Wo kann man ein Anzug od. Ulster billig u. gutsitz. anfertig. lassen? bei Klostermann, Ludw.-Wuchererstr. 59.

F. C. Wissel, Halle, Markt 1, Spezialgeschäft für Tuche und Schneiderartikel. En-gros. – En-detail.

Ad. Künzel,
Damen-Putz Konfektion
Vorteilhafteste Einkaufsmöglichkeit. Leipziger-Str. 69.

Gustav Immermann, Telephon 5846,
Gr. Ulrichstr. 17, Handschuhe und elegante Herrenartikel.

Max Gräfe Inh. Ph. Most,
Pelzwaren — Hüte — Mützen,
Rellstr. 3.

Schicker Damenputz mit gediegener Umarbeitung v. Hüten u. Pelzsach. Köry & Haue's, Barfüßerstr. 121, Eingang Schulstr

J. Funke, Damenhüte,
neb. Brummer & Benjamin Gr. Ulrichstr. 25.

Gustav Grimm, Steinweg 38, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Trikotagen, Strumpfwaren, Handschuhe. Herrenartikel.

Woll- und Weißwarenhaus
6 Markt 6.

P. Wolff,
Manufaktur-, Weiß-, Wollwaren, Bettwäsche.
Steinweg 20a, Tel. 4315.

Weiß- u. Wollwaren
J. Grünfeld,
Große Ulrichstraße 20.

C. M. Buhle,
Weiß- u. Wollwaren,
Gr. Klausstr. 3.

Franz Kunoy Nachf., Inhaber: Willy Horn Leipzigerstr. 65.
Kurz-, Woll- und Weißwaren.

B. Klepzig, vorm K. Schienvoigt, Merseburger Str. 162. Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.
Leinen- und Dauerwäsche. Marke (Bekaba).

Schlüssler & Co.
Grosse Steinstr. 80. Tel. 5292
Spezialgeschäft für Strumpfwaren und Unterzeuge

J. Schärer & Co., Gr. Ulrichstr. 40,
leistungsfähiges Spezialhaus für Fussball-Sportartikel.

Schuh- u. Lederwaren

Wandkowsky,
Schneidermstr., Trödel 18.

Schuhhaus Dietze
Untere Gr. Steinstrasse 13.

Rich. Philipp
Schuhmacherbedarfsart.
Fellverw. u. Pelzgarnitur.

A. Schiele
Leder. Schuhm.-Bed.-Art.
Gr. Brauhausstr. 22. Eing. Ecke Kl Brauhausstr.

Alb. Fritsche
Taubenstr. 25. Tel. 6539 u. 4458
en gros Lederhandlung en detail
Massstepperei.

Carl Faust Sattlermstr. alle Lederwaren preiswert. Gr Klausstr. 34. Tel. 1019.

Erste Hallische Patent-Gummi- u. Lederbesohlanstalt Hartmann & Hansen, Talamtstr. 9.

Möbel, Haus- u. Küchengeräte.

Möbelfabrik Vereinigter Tischlermeister
Kl. Steinstr 6. Tel. 6642.
Wohnungs-Einrichtungen.

Carl Rasemann,
Alte Promenade 35, I
(an der Hauptpost).
Waren und Möbel jeder Art
auf bequeme Teilzahlung.

G. Schaible
Gr. Märkerstr. 26.
Möbel jeder Art.

Neue u. gebrauchte Möbel
Spezialität: Polsterwaren
W. Lenz, Mittelstr. 5a.

Möbelhaus Albert Letsch
Halle a. S., Henriettenstr. 13, Nähe Breitestr.

Carl Huchtmann, Leipz. Str. 48/49. Klempnerei u. Installat.-Geschäft. Sämtl. Haus- u. Küchengeräte.

Billig! Ein- u Verkauf von neuen u. gebr. Möbeln, sowie Kleidung u. Wäsche bei Holland, Zapfenstr. 18.

Möbelhaus Frau Thormann
noch billig zu verkaufen
Spitze 13, am Markt.

Burghardt & Becher Leipziger Straße 10
Haus- und Küchengeräte.

Drogen etc.

Bismarck-Drogerie
W. Schuberth, Kronprinzenstr. 19 — Drogen — Parfümerien — Farben Hautcreme - Zahnpasten.

Carl Saatz
Drogen, Parfümerien und Bürstenwaren.
Rannischestr. 6.

Bruno Pretzsch, Chemikalien, Farben, Parfümerien Toilette- und Haushaltungsseifen
Moritzzwinger 1. — Fernsprecher 5350.

Central-Seifenhaus Seifen, Waschmittel, Bohnerwachs, vorzügl. preisw. Ware
Hans Hirsch, Breitestrasse 6.

Drogerie Osswald Nachf., Geiststrasse 34 Telephon 1217.
Farben, Lacke, Pinsel — Gummiw., Verbandstoffe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751922031 4-16/fragment/page=0006